

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reflameszeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. Bei Beilagschrift u. schwierigerem Satz 50% Aufschlag. — Uebereinstimmung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erheben der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postadressen:** Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

57. Jahrg.

So hat also die systematische Aufpeitschung der Volkseifersucht — auch das hiesige deutschfeindliche Wochenblatt „Pravda w Dny“ hatte in seiner letzten Nummer die akademische Jugend zum Kampf gegen die deutschen Blätter à la Rattowitsch uzw. aufgerufen, und außerdem zum Boykott der deutschen Waren aufgeputzt — auch in Graubenz ihr Müthen an unschuldigen Zeitungen und Schildern geküßt. Wem wird dadurch etwas genützt? Ein würdiger Beginn der Karwoche war das wirklich nicht.

Die „Nota“ vor dem Deutschen Konsulat.

Das in Thorn erscheinende, der Regierung nahestehende Blatt „Dzienn Pomorski“ berichtet in seiner Nummer 84 vom 11. April folgendes:

„Gestern nach Beendigung der Beratung der Zusammenkunft des „Region Wlochy“ organisierten die Teilnehmer an der Zusammenkunft aus freien Stücken einen antideutschen Umzug, der durch die Straßen der Stadt zog unter Ausrufen, die gegen das antipolnische Auftreten der Gillerowcy (Gitterleute) in Deutschland protestierten. Während des Umzugs wurden aus den Riosken und Restaurants deutsche Zeitungen und Zeitschriften zusammengeholt. (Bei dieser Gelegenheit teilt uns der Inhaber des Café „Pomorzanika“ mit, daß in seinem Lokal auch nicht eine deutsche Zeitung ausliegt.) Auf dem weiteren Wege begab sich der Zug vor das Kino „Luz“, das gezwungen wurde, einen deutschen Film abzuspielen. Endlich begaben sich die Demonstranten im Umzuge vor das Deutsche Konsulat, wo die „Rota“ gesungen und die gesammelten deutschen Zeitschriften verbrannt wurden. Die Demonstration endete mit dem Gesänge von Nationalliedern und Hochrufen auf die Republik und den Marschall Piłsudski.“

So weit der „Dziś Pomorzi“. Wir erfahren hierzu noch, daß aus der Menge verschiedentlich Rufe nach der „Deutschen Rundschau“ laut wurden und daß in der Breitestraße (ul. Szeroka) zwei Schaustäfel zerstört wurden. In dem Kino wies der Geschäftsführer darauf hin, daß es sich um einen französischen, in Paris gedrehten Film handle, was auch von der Zensur beim Innenministerium bestätigt sei. Am Montag wurden die tags zuvor entfernten Plakaten wieder in den Schaustäfel angebracht und in jedem Kasten bemerkte man eine Bestätigung der BURGSTAROSTEI, daß es sich um einen französischen Film handle. Vom Deutschen Konsulat zurückgekehrt, zog die Menge in der Stadt zum „Deutschen Heim“. Da dieses kurz vorher von einem Schumannsaufgebot gesichert worden war, kam es hier zu keinerlei Zwischenfällen, die in erster Linie den politischen Ökonomen, einen Kriegsinvaliden, getroffen hätten.

Moratorium bis 1. Oktober 1934. Vom 1. April d. J.
gültig.

In Nr. 25 des „Dziennik Ustaw“ vom 10. April wird unter Pos. 213 das Gesetz vom 29. März 1933 über Herabsetzung von Hypotheken-Zinsen und über ein Moratorium von Hypotheken bis 1. Oktober 1934 veröffentlicht. Wir heben aus dem Gesetz die folgenden wichtigsten Bestimmungen heraus:

Art. I. (1) Zinsen von Hypotheken-Forderungen, die am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestanden und für die Zeit vom 1. April 1933 zahlbar waren, werden, auch wenn ein Gerichtsurteil darüber ergangen ist, auf 6 Prozent im Jahresverhältnis herabgesetzt.

(2) Die obige Vorschrift betrifft hypothekarisch gesicherte Forderungen und Grundschulden ohne Rücksicht darauf, ob diese Sicherung bereits eingetragen ist oder ob sie neu vor-
notiert ist.

(3) Forderungen aus Sicherungs-Hypotheken sind nicht hypothekarische Forderungen im Sinne dieses Gesetzes.

Art. II. Die Rückzahlung von Hypotheken-Forderungen, die hypothekarisch gesichert sind, und die Rückzahlung des Grundschuldkapitals kann vor dem 1. Oktober 1934 nicht gefordert werden.

Art. III. Zwangsweise Einziehung von Zinsen und Kosten ist zulässig.

Art. V. (1) Nichtig sind Abreden, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes stattgefunden haben und auf Grund deren im Falle einer gesetzlichen Herabsetzung der Zinsen: 1. der Schuldner sich verpflichtet hat, auf die Vorteile, die aus diesem Gesetze sich ergeben, zu verzichten; 2. und wenn er sich verpflichtet hat, daß die Schuldzahlung gesordert oder vorzeitig gefündigt werden kann. 2. (Wahrscheinlich handelt es sich um einen Druckfehler und soll 3. heißen.) Die Nichtigkeit der obigen Bestimmungen einer Abrede zieht nicht die Nichtigkeit ihrer anderen Bestimmungen nach sich.

Art. VII. (1) Wenn der Schuldner die fälligen Zinsen für die Zeit vom 1. April 1933 über die Höhe, die in diesem Gesetze bezeichnet ist, hinaus bezahlt hat, so hat er das Recht, die zuviel bezahlten Zinsen für die nächsten Zinsraten zu verrechnen. (2) Der Schuldner hat das Recht zu verlangen, daß die von ihm freiwillig gezahlten Zinsen in erster Linie auf die Zinsen die für die Zeit vom 1. April 1933 fällig sind, verrechnet werden, auch wenn die älteren Zinsen für die Zeit vor diesem Termin noch nicht bezahlt sind.

Nur dem Umstand, daß die erregte Menge Disziplin wahrte, ist es zu verdanken, daß größere Schäden nicht eingetreten sind, zum Glück für den Stadtfürst, der zum Ersatz von Tumultschäden gesetzlich verpflichtet ist.

veranstaltete, einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge, eine Jugendgruppe gestern auf dem Freiheits-Platz eine Demonstration, wobei deutsche Zeitungen auf einem Scheiterhaufen verbrannt wurden.

Nach einer Meldung aus Hohenkirch (Kraikzt) besudeln Schmiersinken seit einiger Zeit in der Nacht Firmenschilder, die eine deutsche Aufschrift tragen. Sie kletterten sogar auf das Dach des Raiffeisen-Gebäudes, wo sie das große sowie die beiden am Hause befindlichen Firmenschilder mit Theer beschmierten. Neuerdings wurde das Schild eines deutschen Schneidermeisters mit Theer besudelt. An der Molkerei haben die „Patrioten“ wahrscheinlich mit einer langen Stange gearbeitet; denn die Molkerei ist von einem Zaun umgeben und wird in der Nacht von Hunden bewacht. Auch ein Pole hat daran glauben müssen. Auf seinem Schilde wurde die deutsche Berufsbezeichnung mit Theer beschmiert.

Die „Freie Presse“ vollkommen vernichtet.

Łódź, 11. April. (P.M.L.) Gestern abend erschien hier eine Sonder-Ausgabe der „Łódzjer „Freien Presse“, die am Sonntag von einer Gruppe von Demonstranten, hauptsächlich von jüdischer Jugend, demoliert wurde. Das Blatt schreibt, daß jetzt eine schwere Zeit der Prüfung über die Deutschen Polens gekommen sei. Der Beginn der Karwoche 1933 habe auch für die Deutschen eine Leidenszeit eingeleitet. Redaktion, Schriftscherei, Druckerei und Geschäftsstelle der „Freien Presse“, sowie der Buchvertrieb der Verlags-Gesellschaft „Libertas“ sind ein einziger großer Schnitt- und Trümmerhaufen. „Maschinen, Schreibmaschinen, Schreibtische, Schränke, Bücher usw. sind vernichtet und bilden auf dem Hof ein müßiges Durcheinander. Was unsere Aufopferung und Arbeit in 14 schweren Jahren geleistet hat, wurde am Palmsonntag von unverantwortlichen Elementen vernichtet. Innerhalb einer Stunde vernichtet, ehe Polizei sie daran hindern konnte.

In der Sonderausgabe wird im Anschluß hieran der amtliche Bericht der Polnischen Telegraphen-Agentur über diese Ausschreitungen veröffentlicht und zum Schluß der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es den Beförden gelingen werde, die Schuldigen zu ermitteln und sie exemplarisch zu bestrafen.

Auf Grund der deutschfeindlichen Ausschreitungen am Sonntag in Lodz hat der Deutsche Gesandte in Warschau sofort den Auftrag erhalten, bei der Polnischen Regierung energisch gegen die Übergriffe und die Verletzung von deutschen Hoheitszeichen Einspruch zu erheben, die Bestrafung der Schuldigen und ausreichende Sicherung für den Schutz der Hoheitszeichen zu fordern.

Der Deutsche Konsul in Lodz hat bereits Sonntag bei dem Lodzer Wojewoden protestiert, worauf dieser dem Konsul sein Bedauern über die Vorfälle vor dem Konsulat ausdrückte.

Die letzten deutschfeindlichen Anschläge, die in den westpolnischen Wojewodschaften und in Lodz zu beklagen sind, sind hauptsächlich auf eine unerhörte Presseheize zurückzuführen, die vor allem vom Kralauer „*Miastrowany Kurjer Godzienny*“, aber auch von der nationaldemokratischen Oppositions-Presse, von der jüdischen Presse und von kleinen Blättern, wie dem bis dahin unbekannten „*Prawda w Pozn*“ geführt wurde. Diese Zeitungen bringen Greuel-Berichte über die Behandlung von polnischen Staatsangehörigen in Deutschland, daß dem Leser die Haare zu Berge stehen.

Wenn diese Gravelberichte der Wahrheit entsprächen, würden wir sie zuerst verurtheilen. Nicht etwa deshalb, weil man uns schon einmal die Fenterscheiben eingeschlagen hat und weil es jetzt in Grandenz und Thorn Scheiterhaufen für unsere Zeitung gab, eine Aktion, bei der unsere Grandenzer Vertretung einen Tumultschaden in der Höhe von ca. 6000 Loty erlitten hat, sondern vornehmlich deshalb, weil wir von jeher auf dem Standpunkt gestanden haben, daß die Polen in Deutschland um des Ansehens des deutschen Namens willen völlige Gleichberechtigten genießen müssen, daß in unseren Augen eine Repressalien-Politik nur schädlich sein kann.

Auch eine disziplinierte nationale Revolution wird nicht von der Pflicht entbunden, besonders genau die Rechte der Minderheit zu achten. Dieser Standpunkt wird ihr vom Recht selbst vorgeschrieben, aber auch von den Ehren-Gesetzen der Nation, die es nicht zulassen darf, daß der gute deutsche Name besetzt wird. Wir hoffen,

Gravdenz.

In Ausbreitungen, die in diesen Tagen in Oberschlesien, in Bromberg und in Lodz bei der deutschen Minderheit große Erregung verursacht und auch diplomatische Schritte zur Folge gehabt haben, kam es am gestrigen Montag auch in anderen Städten.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur aus Grandenz meldet, hat dort am Montag in den Vormittagsstunden eine Kundgebung gegen die in Deutschland gegenüber den Polen angewandten Repressalien stattgefunden. Eine Menschenmenge, ungefähr 2000 Personen, bildete einen Umrang, der sich durch die Straßen der Stadt bewegte. Unterwegs stattete man den deutschen Buchhandlungen einen Besuch ab, bemächtigte sich der deutschen Zeitungen, die dann auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen der Stadt verbrannt wurden. Bei dieser Gelegenheit wurden Rufe gegen Hitler angestößt. Die Auflagen der deutschen Zeitungen in den Filialen und Zeitungsständen wurden auf dieselbe Weise vernichtet. Außerdem wurden sehr viele Schilder mit deutschen Aufschriften zerstört, u. a. sämtliche Glaschilder in der bekannten deutschen Buchhandlung von Arnold Friede.

Der Umzug fand seinen Abschluß auf dem Marktplatz, wo eine Ansprache gehalten wurde. Die Menge sang die „Nóta“. Dank dem schnellen Einschreiten der Polizei ist es zu Unruhen oder persönlichen Angriffen nicht gekommen. Am Abend herrschte in der Stadt wieder Ruhe.

Von unserem ständigen Graudenzcr Korrespondenten erhalten wir noch folgenden Bericht:

Nach dem Muster Oberschleifens wurde Montag mittag von etwa 4 Uhr ab in Graubenz eine tumultuarische Attacke gegen die deutschen Zeitungen, Schilder usw. in Szene gesetzt. Auf dem Bahnhof begann es, und zwar damit, daß eine Gruppe von etwa 30 Menschen im Alter bis zu 30 Jahren und darüber den Zeitungsjungen der „Deutschen Rundschau“, als sie die vom Kurier in Empfang genommenen Blätter zur Elektrischen tragen wollten, diese entrißen und die beiden Pakete auf dem benachbarten Felde verbrannten. Sodann setzte sich die wilde Jagd nach den gesuchten papiernen Opfern in der Stadt fort. Bei den Firmen Arnold Kriedte, Erich Schneider, Emil Romeny, bei der Vertretung der „Danziger Neuesten Nachrichten“, bei Moritz Maschke, sowie in allen Kiosks suchte der ersichtlich unter der Führung von Personen intelligenter Kreise stehende entfesselte Zug nach deutschen Zeitungen und nahm sie, wenn solche vorhanden, fort. Besonders arg hauste man bei der Firma Kriedte, wo außer den Zeitungen auch eine Menge Noten weggenommen wurden und durch Zerstörung einer Seitenfensterscheibe am Eingang, eines Kunsttürschloßes der beiden großen Schaufensterscheiben, sowie von mehreren Reklameschildern aus schwarzem, starkem Hartglas ein Schaden angerichtet wurde, den der Inhaber auf 6000 Blutz berechnet. Hier wurden die erbeuteten Zeitungsexemplare usw. vor der Ladentür auf die Straße geworfen und verbrannt. Ein weiterer „Steiterhaufen“ loderte auf dem Marktplatz. Stundenlang sammelte sich ein vielhundertköpfiger Haufe vor dem Kriedteschen Geschäftshause.

Bei der Firma Schneider wurde, laut Angabe des Inhabers, ein Schaden von etwa 800 Bloty angerichtet. Die anderen Geschäfte erlitten ebenfalls mehr oder weniger große Verluste. Außer dem Zeitungssturm galt die „patriotische“, ganz zweifellos organisierte und angestiftete Bewegung den Schildern mit deutschen oder vermutlich deutschen Aufschriften. Eingeschlagen wurden bei der Deutschen Volksbank und der Danziger Privat-Aktien-Bank, die bekanntlich schon einmal von solchem Schicksal betroffen wurden, mit Steinwürfen oder Hammererschlägen das Firmenschild bzw. das Schild mit dem Fiskalenverzeich- nis, beim Schneidermeister Kircher (am Markt) ebenfalls das Firmenschild, weiter u. a. bei der Firma A. Kunisch, der Danziger Raiffeisenbank und der Firma Oskar Brommeit kleinere Firmen bzw. Reklameschilder. Man war hierbei nicht wählerisch, da selbst z. B. ein Schild mit der belgischen Firma Savaert keine Gnade fand. Beim Friseur Drlikowski nahm man an der „urdeutschen“ Schildaufschrift „Friseur“ Anstoß und setzte deren Entfernung durch. Auf dem Marktplatz hielt gegen 3/4 Uhr vorm. Denkmal jemand zu einer größeren Menschenmenge eine Ansprache, der der Gesang der „Rota“ folgte.

daß die entsprechenden Erlasse des Reichskanzlers, des Reichsministers Göring und des Oberpräsidenten Latschke weiterhin den Erfolg haben werden, daß die nationale Disziplin gerade auch in den Stgebieten des Reichs peinlichst gewahrt wird, und wir zweifeln nicht daran, daß dieses geschieht. Sollte sich irgendein Schädling der deutschen Sache zu einer Repressalien-Politik hergeben, sollte er — entgegen dem Willen seiner Oberen — sich zu Ausschreitungen provozieren lassen, so muß seine strengste Bestrafung erfolgen.

Nach dieser entschiedenen Forderung müssen wir uns aber ebenso entschieden gegen unwahrhaftige Darstellungen wenden, die über die Lage des Polentums in Preußen öffentlich verbreitet werden. Bei den letzten Ausschreitungen wurde vor allem ein Bericht des „Dziennik Berlinski“ über eine angebliche brutale Mißhandlung von drei polnischen Studenten im „Braunen Haus“ in Breslau berichtet, die bis in alle Einzelheiten beschrieben war, so daß der Leser kaum daran zweifeln konnte, daß hier eine verdammenswerte Reaktion auf den Überfall von Orzegow (wo bekanntlich die Teilnehmer an einem Passionspiel mißhandelt wurden), geküßt worden sei. Wie von zutüftlicher deutscher Seite mitgeteilt wird, ist der Grenzbericht über die Verprügelung der drei polnischen Studenten frei erfunden. Eine weitere Aufklärung dieses Vorfalls behalten wir uns vor.

Zur Aufklärung haben wir ferner mitzuteilen, daß bei den gestrigen Ausschreitungen in Graudenz und Thorn verbreitete Aufschübe der „Pravda w Dzyu“ über das angebliche „polenfeindliche Verhalten verschiedener Angestellten unseres Druckerei-Betriebes“ offenbar von einem entlassenen Korrektor unserer Offizin, einem früheren deutschen Lehrer, geschrieben wurde, daß die darin enthaltenen Angaben erlogen sind, und daß auch diese Hege damit nichts anderes ist als eine ablehnende Denunziation.

Bei uns Deutschen in Polen (und nicht zuletzt in unserem Betriebe) herrscht das Bestreben, auf dem Boden des Rechts und der gegenseitigen Achtung in friedlicher Arbeit mit der polnischen Mehrheit unserer Heimat zusammenzuleben. Wir gehen von diesem Wege nicht ab, nicht in guten und schlechten Zeiten. Möge sich jedermann auch auf der anderen Seite, darüber klar sein, daß wir untertan sein sollen der Obrigkeit, die nicht nur Gewalt über uns hat, sondern auch ein lebhaftes Interesse, daß das Ansehen von Staat und Volk nicht durch Hege, durch wissende und unwissende Friedensstörer herabgesetzt werde.

Norman Davis in Berlin.

Wichtige Besprechungen
des amerikanischen Sonderdelegierten.

Der Besuch des amerikanischen Sonderdelegierten Norman Davis in Berlin stellt ein Ereignis von großer politischer Bedeutung und Tragweite dar. Norman Davis ist ein Mann des besonderen Vertrauens des neuen amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Als solcher ist er jedoch kein Neuling in Europa. Denn schon lange vor dem Amtsantritt Roosevelts weilte Norman Davis in der Alten Welt, wobei er den Vorteil hatte, zwar ein Beauftragter Hoovers, gleichzeitig aber auch ein Vertrauensmann Roosevelts zu sein.

Norman Davis ist erst vor kurzem aus Amerika zurückgekehrt, wohin er zur Entgegennahme neuer Instruktionen von Roosevelts gekommen war. Gleichzeitig hat er wohl auch einen Bericht über seine bisherige Arbeit in Europa erstattet. Hat er doch eine sehr erhebliche Rolle bei allen internationalen Beratungen gespielt, so auch in Genf.

Seine Rückkehr aus Amerika eröffnete eine neue Phase in der Außenpolitik Washingtons, eine Phase hoher Aktivität, die auf die Übergangszeit folgte, welche ihrerseits durch das Interregnum Hoover nach dessen Wahlniederlage entstand. Zunächst verblieb der Botschafter Roosevelts etwa eine Woche in London, wo er mit Macdonald und dessen engeren Mitarbeitern konferierte. Dann kam er nach Paris, wo er Rücksprachen mit dem Ministerpräsidenten Daladier, dem Außenminister Paul-Boncour und dem Finanzminister Georges Bonnet hatte.

Über die Ergebnisse der Londoner Besprechungen Norman Davis wurde vor einigen Tagen ein offizielles Communiqué herausgegeben, das nicht sehr zuverlässig lautete. Es ist offenbar dem Amerikaner nicht gelungen, eine Einigung über die wichtigsten Wirtschaftsfragen mit den Engländern herbeizuführen. Die Bestrebungen Amerikas, die Zollschranken abzubauen, finden in England, das an die Bestimmungen der Empire-Konferenz in Ottawa gebunden ist, wenig Anklang. Man bezweifelt auch in London, inwiefern der Abbau der Zölle dem Hauptziel der amerikanischen Wirtschaftspolitik, der Steigerung der Preise für die wichtigsten Rohstoffe, dienlich sein könnte. Da ferner Amerika wenig Neigung zeigt, die Kriegsschuldenfrage im Geiste eines Kompromisses zu lösen, mußte sich Norman Davis nach tagelangen Verhandlungen mit vagen Ergebnissen begnügen.

In Paris blieb Norman Davis nur wenige Tage. Er hat die erforderlichen Verhandlungen über die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz geführt, ist aber auch auf den Viermächte-Pakt und die Abrüstung eingegangen. Manches spricht dafür, daß die Pariser Besprechungen des amerikanischen Sonderdelegierten gerade im Hinblick auf seine Berliner Reise trotz der Kürze der Zeit einen sehr umfassenden Charakter getragen haben. Bei der Würdigung der Ergebnisse des Berliner Aufenthaltes von Norman Davis wird man gut tun, zu berücksichtigen, daß er nach Deutschland von Frankreich her kam.

Bekanntlich wollen die Franzosen wissen, daß Präsident Roosevelt mehr als sein Vorgänger geneigt sei, die Wege Frankreichs zu gehen. So maß man in Paris schon den einleitenden Besprechungen, die Roosevelt kurz vor seinem Amtsantritt mit dem inzwischen abberufenen französischen Botschafter in Washington Paul Gaudet hatte, ganz besondere Bedeutung bei. Man erwartete Norman Davis in Paris mit einer um so größeren Spannung, als der neue amerikanische Botschafter in Paris, Jesse H. Straus, sein Amt noch nicht übernommen hat.

Es bleibt abzuwarten, in wie weit die Erwartungen der Franzosen bezüglich Norman Davis in Erfüllung gegangen sind. Dies wird sich wahrheitsgemäß erst aus den Verhandlungen ergeben, die sich an den Berliner Besuch des amerikanischen Sonderbeauftragten anschließen werden. Die ihm in den Mund gelegten freundschaftlichen Äußerungen wurden weder bestätigt noch dementiert. Es besteht jedoch kein Zweifel darüber, daß Norman Davis als

ein unvoreingenommener Politiker nach Berlin gekommen ist.

Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, muß darauf hingewiesen werden, daß bei aller Aufmerksamkeit, die Amerika den rein europäischen Fragen politischer Art entgegenbringt, sein Hauptinteresse dem wirtschaftspolitischen Problemkomplex gilt. Die Weltwirtschaftskonferenz, das ist die Aufgabe, die die neue amerikanische Regierung zunächst lösen möchte. Eine Entspannung auf wirtschaftlichem Gebiet soll eine Voraussetzung für die Linderung der Krise schaffen. Soll sich der Druck der Krise mildern, dann würde es leichter sein, an die Behebung politischer Gegensätze heranzugehen. Diese Ansicht Roosevelts wird zweifellos auch von Norman Davis geteilt. Kein Wunder, wenn im Mittelpunkt der Berliner Besprechungen des amerikanischen Diplomaten die Vorbereitung zur Weltwirtschaftskonferenz stand. Wenn es also nicht erwartet werden darf, daß die politischen Nachwirkungen dieses Besuches umwälzend sein werden, so ist es durchaus wahrscheinlich, daß die Anwesenheit Norman Davis in Berlin auch der Klärung der politischen Lage dienlich war.

Papen und Göring in Rom.

Vizekanzler von Papen und Gattin sind Sonntag früh fahrplanmäßig um 8.25 Uhr in Rom eingetroffen. Auf dem abgesperrten Bahnsteig wurden sie vom Deutschen Botschafter beim Quirinal, von Hassel, und vom Deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, von Bergen, sowie vom Bayerischen Gesandten beim Vatikan, Baron von Ritter, empfangen. Da die Reise von Papens privaten Charakter trägt, war von den italienischen Behörden nur ein höherer Zeremonienbeamter des Außenamtes zugegen. Dem Vizekanzler wurde aus den wartenden Zügen überallher vom Publikum der römische Gruß entgegengebracht.

Übrigens hatte Mussolini dem deutschen Vizekanzler einen Beamten des Auswärtigen Amtes bis an die Grenze entgegengeschickt, um ihm seinen persönlichen Willkommensgruß beim Betreten des italienischen Bodens entgegenbringen zu lassen.

Reichsminister Göring ist mit seinem Gefolge Montag mittag auf dem nördlichen römischen Militärflugplatz nach einem 3½stündigen Flug in Rom eingetroffen. Auf der letzten Strecke hatte Göring selbst das Steuer geführt. Zum Empfang hatte sich außer dem deutschen Botschafter von Hassel und dem Personal der Botschaft auch der italienische Luftfahrtminister Balbo eingefunden, der den deutschen Gästen eine Fliegerstaffel von neun Flugzeugen entgegengeschickt hatte.

Auch die Prinzessin Mafalda, Gattin des Prinzen von Hessen, des nationalsozialistischen Landesführers für Italien, war zugegen und holte ihren gleichzeitig aus München eingetroffenen Gatten ab.

Göring wohnt als Gast beim Prinzen von Hessen im Schloß Savoia außerhalb der Tore Roms. Er schritt zusammen mit Balbo die zu seinen Ehren aufgestellte Fliegerkompanie ab. Über hundert Flugzeuge waren zur Begrüßung Görings aus den Hallen gezogen worden.

Papen bei Paccelli und Mussolini.

Rom, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) Vizekanzler von Papen hat am Montag dem Kardinalstaatssekretär Paccelli einen Besuch abgestattet und hatte daraufhin eine längere Unterredung mit Mussolini.

Einer amtlichen Mitteilung zufolge begibt sich auch Bundeskanzler Dollfuß am Dienstag im Flugzeug nach Rom.

Teilnahme weiterer Staaten an der Vorkonferenz in Washington?

Washington, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) Der diplomatische Vertreter zahlreicher mittlerer Staaten, darunter die Vertreter der Staaten der Kleinen Entente, Belgiens und Spaniens haben im Staatsdepartement wegen einer etwaigen Einladung ihrer Staaten zur Vorkonferenz in Washington angefragt. Das Staatsdepartement hat daraufhin zwar keine weiteren Einladungen erlassen, ließ jedoch wissen, daß jedes Land, das einen Vertreter entsenden wolle, durchaus willkommen sei.

Es scheint jedoch festzustehen, daß Roosevelt zunächst mit Macdonald allein verhandeln will.

Sir Walter Layton bei Hitler und Goebbels

Ein englisches Urteil über Deutschland

Der bekannte englische Wirtschaftssachverständige Sir Walter Layton, der vor wenigen Tagen von einer Deutschland-Reise, die ihn mit führenden Persönlichkeiten der deutschen Politik und Wirtschaft in Berührung gebracht hat, zurückgekehrt ist, veröffentlicht den ersten Artikel einer Serie „Das neue Deutschland, wie ich es sah“. Die Aufsätze erscheinen im liberalen „News Chronicle“.

Layton stellt fest, daß sich die deutschen Vorgänge durch „Affktion“ und darauf folgende offizielle Autorisierung auszeichnen. Seine Untersuchungen haben sich daher darauf gerichtet, die Einflüßnahme zwischen nationalsozialistischer Partei und der Regierung abzustufen. Layton schreibt, man könne nur das rasche Durchgreifen durch direkte Aktion bewundern, die die Widerstandskräfte des früheren oppositionellen Teils der Bevölkerung gelähmt habe. Zweifelslos sei dieses planmäßige Vorgehen auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Führer der Bewegung sehr eingehend die italienische und die russische Revolution studiert haben. Auf der anderen Seite wird man sich, wie Layton weiter ausführt, der menschlichen Tragödie bewußt, die in Zerstörung von Karrieren, der Auflösung ehemaliger Verbände und in den manchmal körperlichen Leiden der Betroffenen liegt.

Layton erzählt dann von einer Aussprache mit Reichsminister Dr. Goebbels, dessen persönlichen Schärfe er bewundert. Man erkenne in ihm den Leser und Denker mit einer starken Ader von Fanatismus. Die Unterhaltung hat sich auf die Frage Partei und Regierung bezogen, und Goebbels hat eine betrieblige Scheidung abgelehnt, indem er darauf verwies, daß Hitler gleichzeitig Partei- und Regierungschef ist. Frühere Revolutionen in Rußland und Italien hätten bewiesen, daß die Verschmelzung einer Partei mit dem Staatsganzen möglich ist. Layton zieht aus dieser Äußerung den Schluß, daß die Regierung für jede Aktion der braunen Armee verantwortlich zu halten sei.

Mit Bezug auf den

Abwehrbegriff

bemerkte Goebbels, daß diese Waffe durch allzu häufige Anwendung nur stumpf werden würde. Der Einfluß der deutschen Juden müsse durch ganz andere schrittweise Maßnahmen wie die Festlegung einer Quote für die Zulassung von Juden zu verschiedenen Berufen begrenzt werden. Goebbels gab auch das Vorkommen von Exzessen zu, die er auf kommunistische Provokationen mit der Absicht, die nationalsozialistische Partei zu diskreditieren, zurückführt. Alle Anstrengungen würden jetzt gemacht, um die Wiederholung derartiger Vorfälle zu vermeiden. Layton bemerkte schließlich, daß Deutschland mißverstanden und mißdeutet werden müsse, solange die öffentliche Meinung von der Regierung kontrolliert werde. Goebbels antwortete darauf, daß Deutschland jahrelang mißgeleitet worden sei und seine Presse die Freiheit mißbraucht habe. Bis eine Änderung der Voraussetzungen eingetreten sei, könne sich Deutschland „den Luxus der Freiheit“ nicht leisten.

Layton schließt den ersten Artikel mit dem Satz: „Die noch unbeantwortete Frage ist, ob Hitler sich stark genug zeigen wird, den Sturm zu meistern und die elementaren Kräfte zu kontrollieren, die er Jahre hindurch durch Agitation aufgewühlt hat.“

Deutschlands Friedenswille.

Ein Gespräch mit Reichskanzler Hitler.

Sir Walter Layton steht im „News Chronicle“ seine Artikelserie über das Deutschland von heute fort. Er berichtet über eine Aussprache mit Hitler, die auf ihn einen sehr günstigen Eindruck gemacht hat. Man könne in Deutschland hören, daß sich der Kanzler unter der Bucht der neuen Verantwortung stark gewandelt habe und daß die Welt, die bisher nur den Agitator Hitler gekannt habe, in ihm nun den Staatsmann erkennen werde.

Die Unterhaltung hat sich in erster Linie auf außenpolitische Fragen bezogen, und der Kanzler habe als die Schlüsselstellung der deutschen Außenpolitik die Freundschaft Deutschlands zu England und Italien bezeichnet. Hitler habe ihn daran erinnert, daß er erst kürzlich öffentlich seine Bereitschaft, den Macdonaldschen Abrüstungsplan anzuerkennen, erklärt habe, und daß dieser Plan, vor allem, wenn er in Verbindung mit dem in Rom diskutierten Vier-Mächte-Pakt gebracht würde, Hoffnung auf Frieden erwecke. Auf den Einwand Laytons, daß Frankreich dem Macdonald-Plan nur unter der Bedingung zustimmen würde, daß eine Rüstungskontrolle in jedem Lande ausgebaut wird, erwiderte Hitler, daß Deutschland jede Form von Kontrolle dulden werde, falls sie für alle Länder in gleicher Weise zur Anwendung gelange.

Hitler habe noch einmal ausdrücklich Deutschlands Wunsch nach Frieden bekundet. Eine Periode von zehn Friedensjahren sei für Deutschland eine absolute Notwendigkeit.

Hitler und Frankreich.

Paris, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Reise des französischen Botschafters in Berlin, Francois Poncet, die unmittelbar nach seiner ersten Unterredung mit Hitler erfolgte, hat in politischen parlamentarischen Kreisen die verschiedensten Gerüchte aufkommen lassen. Man wollte darin übereinstimmend einen Beweis dafür erblicken, daß die Besprechungen zwischen dem französischen Vertreter in Berlin und dem Reichskanzler sensationellen Charakter getragen hätten und für die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen von entscheidender Bedeutung seien. In gut unterrichteten französischen Kreisen betont man jedoch heute, daß der Gedankenanstand nicht über den Rahmen einer ersten Führungsnahme hinausgegangen sei. Reichskanzler Hitler habe dem französischen Botschafter auseinandergelegt, wie sich seiner Meinung nach die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern gestalten würden.

„Lieber Krieg als Revision . . .“

Der Pariser Korrespondent des „Kurjer Warszawski“ meldet seinem Blatte:

Die französische Denkschrift, die Antwort Frankreichs auf den englisch-italienischen Vorschlag, stieß sowohl in der Außenkommission der Deputierten-Kammer als auch innerhalb der Regierung selbst auf riesige Schwierigkeiten. Doch die Hauptsache, die einen Einfluß auf die Hinausschiebung der Veröffentlichung der Denkschrift ausübte, war die Intervention des amerikanischen Delegierten Norman Davis. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind Gegner eines Konzerns der großen Mächte, der auch zur Entscheidung über Abrüstungsfragen berufen werden soll, die direkt Amerika angehen. Es diesem Grunde, aber auch in Anbetracht der energischen Protestaktion des Ministers Titulescu entstand in den französischen Zirkeln eine große Verwirrung (?), die so groß wurde, daß man keinen Stützpunkt für eine richtige Orientierung über die Richtung der französischen Außenpolitik hatte.

Das große Dilemma der Kritik fällt daher auf die Schulter Paul-Boncour's, von dem das „Echo de Paris“ schreibt, daß er der schlechteste französische Außenminister seit einer Reihe von Jahren sei. Nichtsdestoweniger liefert die Rede Daladiers im Plenum der Deputierten-Kammer den Beweis dafür, daß der Ministerpräsident sich vollkommen mit Paul-Boncour solidarisiert und selbst den Vorschlag der Bildung eines Direktoriums der vier Großmächte annimmt, allerdings unter der Bedingung, daß ohne das Einverständnis der interessierten Staaten und des Völkerbundes deren Rechte nicht verletzt werden. (Die Kammer hat bekanntlich den gegen Daladier und Paul-Boncour von der Rechten eingebrachten Mißtrauensantrag mit großer Mehrheit abgelehnt. D. R.) Alles dies zeugt davon, daß es sich hauptsächlich um die Auslegung des Art. 19 handelt, der gewissermaßen den Kern der gegenwärtig schwebenden diplomatischen Verhandlungen bildet. Die Intervention des polnischen Botschafters von Chlapowski bei dem Außenminister Paul-Boncour kann nach der „Liberte“ in einen Satz zusammengefaßt werden: „Polen wäre lieber für einen sofortigen Krieg zu haben als für eine Revision der Traktate.“

Statt 16 nur 11 Wojewodschaften.

Aus Warschau wird gemeldet, daß das Innenministerium die Beratungen über den Entwurf einer neuen Verwaltungseinteilung des Staates wieder aufgenommen hat. Nach diesem Projekt würde das Gebiet der Republik in folgende Wojewodschaften eingeteilt werden: Krasau, Lublin, Lemberg, Podl, Polesien mit dem Sitz in Brest, Pommern, Posen, Warschau mit dem Sitz in Warschau, Schlesien mit dem Sitz in Kattowitz, Masowien mit dem Sitz in Warschau oder Plock, Wilna und Wolhynien. Die übrigen fünf Wojewodschaften würden aufgehoben werden.

Die Warschauer Wojewodschaft würde die Stadt Warschau mit Teilen der Landkreise Warschau umgebenden Kreise umfassen. Die Thesen des Planes wurden von der Kommission ausgearbeitet, die seinerzeit zur Verwirklichung der öffentlichen Verwaltung ins Leben gerufen wurde.

Republik Polen.

Telephonverbindung Warschau—Gdingen—Dänemark?

Einer amtlichen Meldung zufolge ist jetzt im polnischen Postministerium das Projekt einer Telephonkabel-Verbindung Warschau—Gdingen ausgearbeitet. An dieses Kabel sollen die Städte Wloclawek, Thorn, Graudenz, Stargard angeschlossen werden. Von Gdingen soll das Kabel dann nach Heisterneft weitergeführt werden. Von dort ist späterhin die Verlegung eines Seekabels für Telephon nach Dänemark oder Schweden geplant.

Deutsches Reich.

Gemeinsamer Statthalter für die Hansestädte.

Im Hamburger Rathaus fand am Freitag nachmittag auf Einladung des regierenden Bürgermeisters Krogmann eine gemeinsame Beratung der Senate von Hamburg, Lübeck und Bremen statt. Über das Ergebnis der Besprechungen wird amtlich mitgeteilt, daß sich in allen grundsätzlichen Fragen völlige Übereinstimmung ergab, und daß auch in Zukunft eine enge Zusammenarbeit der Hansestädte stattfinden soll. Wie verlautet, haben sich die Senate entschieden für die Aufrechterhaltung der Selbstständigkeit der Hansestädte im Reich ausgesprochen. Ferner wurde über die Fragen der Reorganisation der Schifffahrt sowie über das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Hansestädte völlige Übereinstimmung erzielt.

Wie es heißt, plant der Hamburger Senat weitreichende Reduktionen auch in der Hamburger Verwaltung. So soll das traditionelle System der Deputationen, der Beordnung von Mitgliedern der Bürgerschaft bei den einzelnen Behörden, in den bisherigen Formen nicht erhalten bleiben. Man denkt an die Schaffung von Beiräten aus bürgerlichen Mitgliedern, die jedoch nur noch eine gutachtliche Funktion ausüben dürften.

Ferner schweben Erwägungen über die Schaffung einer gemeinsamen Statthalterchaft für alle drei Hansestädte. Diese Institution würde zweifellos dem Wunsche nach jener engen Zusammenarbeit der Hansestädte entsprechen, die bei den Beratungen der Bürgermeister von Hamburg, Lübeck und Bremen als notwendig und wünschenswert erachtet worden ist.

v. Bismarck zur Disposition gestellt.

Der preussische Minister des Innern teilt mit: „Zum Staatssekretär im preussischen Innenministerium ist Ministerialdirektor Grauert ernannt worden. Der bisherige Staatssekretär v. Bismarck wurde zwecks anderer Verwendung einstweilen zur Disposition gestellt.“

Rundschau des Staatsbürgers.

Aufhebung der polnischen Sasesteuer.

Die durch das Gesetz über den Erwerbslosenfonds vom 16. März d. J. (veröffentlicht im polnischen Gesetzblatt vom 31. März d. J.) eingeführte Sasesteuer von 5 Zloty ist mit Wirkung vom 1. April 1933 wieder aufgehoben worden.

Die Aufhebung dieser Sonderbelastung der Saseinhaber ist, wie verlautet, auf die Intervention der polnischen Banken hin erfolgt, die seit dem Inkrafttreten des Gesetzes den größten Teil ihrer Sases leer stehen hatten.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 11. April.

Sehr warmes Wetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet sehr warmes und meist heiteres Wetter an.

Heilighaltung des Karfreitags.

Zu Beginn dieses Jahres ging die Nachricht durch die Presse, daß auch in der katholischen Kirche der Karfreitag fortan als kirchlicher Feiertag gefeiert werden sollte, so daß ebenso wie es in evangelischen Ländern schon immer der Fall ist, auch in Polen am Karfreitag Sonntagsruhe eintreten würde. Leider hat sich die Nachricht nicht bewahrheitet. So behalten wir auch weiterhin das gerade in Polen sehr schmerzhaft empfundene Mißverhältnis, daß der höchste Feiertag der evangelischen Kirche keine Anerkennung findet. Um so mehr gehört es zu den Pflichten jedes Evangelischen, dem Karfreitag die Würde zu geben, die ihm gebührt. Es ist selbstverständlich, daß überall in den evangelischen Gemeinden an diesem Tage Gottesdienste und heilige Abendmahlsfeiern gehalten werden, zum Teil auch noch besondere Feierstunden an den Nachmittagen und Abenden. Es müßte aber ebenso selbstverständlich sein, nicht nur diese Gottesdienststunden von aller Wochentagsarbeit und allem Geschäftsbetrieb frei zu halten, sondern auch den ganzen Tag zu feiern. Wo es möglich ist, können sich auch gewiß die evangelischen Angestellten in den Betrieben für diesen Tag mindestens für die Stunden des Gottesdienstes Urlaub erbitten.

§ Anwachsen der Spareinlagen in Polen. Nach Daten des Warschauer Instituts für Konjunktur- und Preisforschung betrug der Stand der Spareinlagen bei den polnischen Banken Ende Februar d. J. 586,6 Millionen Zloty gegenüber 557,6 Millionen Zloty Anfang Januar d. J. und 491 Millionen Zloty zum 1. Februar 1932. Der Einlagenstand der polnischen Sparkassen betrug Ende Februar 650,7 Millionen Zloty gegenüber 643,4 Millionen Zloty im Januar 1933 und 620,6 Millionen Zloty im Februar 1932.

Lied des Bauern.

Von Matthias Claudius.

Wir pflügen und wir streuen
den Samen auf das Land;
doch Wachstum und Gedeihen
steht nicht in unsrer Hand.
Er sendet Tau und Regen
und Sonn- und Mondenschein;
von ihm kommt aller Segen,
von unserm Gott allein.

Was nah ist und was ferne,
von Gott kommt alles her!
Der Strohalm und die Sterne,
der Sperling und das Meer.
Von ihm sind Büsch und Blätter,
und Korn und Obst von ihm,
von ihm mild Frühlingswetter
und Schnee und Ansehn.

Er läßt die Sonn' aufgehen,
er stellt des Mondes Lauf,
er läßt die Winde wehen,
er tut den Himmel auf.
Er schenkt uns soviel Freude,
Er macht uns frisch und rot;
er gibt dem Viehe Weide
und seinen Menschen Brot.

§ Wohnungsbaun und Wohnungssteuer. Mit Bezug auf unseren Artikel unter vorstehendem Titel in unserer Nummer 82 vom 7. April werden wir vom Magistrat auf Veranlassung des Herrn Stadtpräsidenten Barczewski darauf aufmerksam gemacht, daß „überflüssige“ Zimmer in neuen Häusern der Wohnungszugsteuer nicht unterliegen. Tatsächlich enthält der § 3 Absatz b des betreffenden Statuts diese Bestimmung, wobei als neue Häuser die nach dem 1. Januar 1921 erbauten angesehen sind. Wenn danach auch das Zugsteuerstatut als Behinderung des Wohnungsbaues ausscheidet, so spricht diese Bestimmung dennoch für alles eher als zugunsten der Zugsteuer. Denn sie verschärft die Gegensätze zwischen den einzelnen Bevölkerungsklassen, was nichts weniger als im Interesse der Allgemeinheit liegt. Muß nicht derjenige, der eine größere Wohnung im alten Hause hat und dafür Zugsteuer zahlen muß, den Bewohner eines neuen, mit allen Neuerungen ausgestatteten Hauses mit scheelen Augen ansehen, wenn er hört, daß der letztere für keinen sogenannten überflüssigen Raum eine Steuer zu zahlen hat? Man könnte darüber hinwegsehen, wenn es den Bewohnern von Wohnungen in alten Häusern freistünde, sie gegen moderne in neuen Wohnungen einzutauschen. Diese Bewohner sind aber häufig mit Ketten gefesselte Sklaven der Verhältnisse; sie könnten sehr häufig nicht einmal die Umzugskosten geschweige denn den höheren Preis selbst für kleinere Wohnungen als die übrigen in neuen Häusern bezahlen, da bekanntlich hier der Preis durch das Mieterschutzgesetz nicht beschränkt ist. Es handelt sich häufig genug um Witwen, die ihr Vermögen durch die Inflation verloren haben, deren Wohnung durch den Wegzug der Kinder zu groß geworden ist und die sie unter den heutigen Verhältnissen durch Abvermieten nicht so verkleinern können, da sie der Zugsteuer entgegen. Und um die Tragik dieser Frauen zu vollenden: falls es ihnen gelingt, von ihren, hier in Wirklichkeit überflüssigen Zimmern mehr als zwei zu vermieten, dann ist schon die staatliche Steuerbehörde da, um sie zur Gewerbesteuer heranzuziehen. Nun wird von städtischer Seite gesagt, daß der Magistrat in solchen Fällen bei der Zugsteuer weitest gehendes Entgegenkommen walten läßt. Das wollen wir keineswegs bestreiten, aber es ist an sich mißlich und unserer Zeit nicht entsprechend, von dem Wohlwollen oder Überwollen der Behörde abhängig zu sein. Über die Zeiten des beschränkten Untertanenverständes ist man hinaus und will klare Verhältnisse haben.

§ Eine empfindliche Strafe erhält die 23jährige Wanda Polka aus Rakel, die sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Vergehen gegen das Stempelsteuergesetz zu verantworten hatte. Die Angeklagte, die früher in Rakel bei der Firma S. Hermann als Kassiererin beschäftigt war, hatte drei alte Stempelmarken im Werte von 1,20 Zloty von alten Rechnungen losgerißt und diese auf neue Rechnungen geklebt. Die P. verteidigte sich vor Gericht damit, daß ihr bei dem Bekleben der Rechnungen ein Versehen unterlaufen sei. Das Gericht erkannte die Angeklagte jedoch für schuldig und verurteilte sie zu zwei Wochen Arrest und einer Geldstrafe von 100 Zloty. Die empfindliche Strafe begründete das Gericht damit, daß die Angeklagte die Manipulation aus Gewinnsucht getan habe.

§ Wegen Erpressung hatte sich der 22jährige Gärtner Felix Matyszak aus Rakel vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Am 11. November v. J. richtete der Angeklagte an einen Einwohner einen anonymen Drohbrief, in dem er um Zahlung von 100 Zloty ersuchte, andernfalls er ihn bei der Staatsanwaltschaft wegen Stillschließungsvergehen anzeigen werde. Der anonyme Briefschreiber konnte jedoch bald danach von der Polizei in der Person des Angeklagten ermittelt werden. Die in dem Briefe von dem M. gemachten Angaben waren völlig aus der Luft gegriffen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Arrest.

§ Einen neuen Rekord scheint der berühmte Falschspieler Franciszek Moskai aufstellen zu wollen, der bereits über 25 mal vorbestraft ist und sich abermals vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts wegen Falsch-

... doch nur von GREY
3483 Das Osterel!

spiels zu verantworten hatte. M. wurde vom Gericht zu 6 Monaten Gefängnis und 100 Zloty Geldstrafe verurteilt. Ein Komplize von ihm, namens Anton Mencil hatte sich gleichfalls wegen desselben Vergehens zu verantworten und erhielt 3 Monate Gefängnis und 50 Zloty Geldstrafe.

§ Einen Unfall erlitt der 36jährige Arbeiter Jan Pazarski, hier, Chausseestraße (Grunwaldzka) 2. Als 3. gestern abend mit einem Lastwagen, an den er einen zweiten angehängt hatte, durch die Chausseestraße fuhr, verlor er das Gleichgewicht und stürzte zwischen die beiden Wagen, wobei er sich schwere Kopfverletzungen zuzog. Der Verunglückte wurde nach dem Städtischen Krankenhaus geschafft.

k Czarnikau, 10. April. Wohltätigkeitskonzert. Zum Besten des Hilfskomitee für Arbeitslose veranstaltete die Musikvereinigung des hiesigen Lehrerseminars am Sonntag im Saale des Brauereigartens ein Konzert. Das Orchester des Seminars brachte Kompositionen von Sousa, Brahms, v. Flotow, Grieg, Ramislowski und Friedmann zu gutem Vortrag und fand reichen Beifall. Ein Männerchor und Geigenorchester ernteten ebenfalls stürmischen Beifall. Es ist zu wünschen, daß die aufgewendete Mühe auch den entsprechenden materiellen Erfolg für den guten Zweck gebracht hat.

ex Ggin (Kecynia), 9. April. In den Keller des Geschäftsführers der hiesigen Genossenschaft Herrn Heydensohn versuchten Diebe, einzubrechen. Von dem Gebell des Hundes erwachte eine Tochter und ging auf den Hof, konnte aber nichts sehen. Als sie dann das Fenster öffnete, sprang ein Mann auf und verschwand im Dunkel der Nacht. Die Polizei ist dem Dieb auf der Spur.

z. Nowoclaw, 10. April. Unbekannte Diebe versuchten in der Nacht zum Freitag in den Stall des Landwirts Cicha in Przybylaw hiesigen Kreises einzudringen, in welchem sich vier fette Schweine im Gewicht von 9 Ztr. befanden. Sie hatten von der Feldseite bereits ein Loch in die Mauer gehauen, wurden aber von dem nach Hause zurückkehrenden Knecht gestört und verließen den Tatort, ohne etwas mitgenommen zu haben.

Gestohlen wurden einem hiesigen Fleischermeister 10 Schinken und 15 kg. Schmalz im Werte von 150 Zloty.

Bei der Arbeit verunglückt ist in der Zuderfabrik Kruschwitz der Arbeiter Josef Kowalski aus Elawsko Wielekie. Beim Aufladen von Zuder auf die Weichseilbahn fiel ihm ein Sack auf das Bein, wobei ihm der rechte Unterschenkel gebrochen wurde. Ein anderer Arbeiter, der 31 Jahre alte Josef Dworczak, hatte Erde in eine Lobre der Feldbahn geladen. Plötzlich kippte diese und D. geriet unter die Lobre, wobei er einen Bruch des rechten Armes erlitt.

§ Posen, 10. April. In dem sog. „Redigenheim“, Fischerei 19, hat die Polizei, einer Meldung eines polnischen Blattes zufolge, eine Unterkunftsstätte zur Veranstaltung wüster Orgien ermittelt und vier Personen in Haft genommen.

Schwer verletzt wurde in dem benachbarten Sawica bei einem Zusammenstoß mit einem Personkraftwagen aus Samter der Radfahrer Piotr Czarnecki. Er wurde in bewußungslosem Zustande ins Stadtfrankenhaus geschafft. In der Nähe von St. Roch wurde ein unbekannter Motorradfahrer von einem Autobus aus Kunowo gleichfalls schwer verletzt und ins Stadtfrankenhaus geschafft.

Als unwürdige Vertreter des ehrbaren Schornsteinfegergewerbes wurden drei Schwindler festgenommen, die in verschiedenen Häusern die Rauchfänge verstopften und sich von den Hausbewohnern für die Befreiung der Schächte erhebliche Beträge bezahlen ließen.

In einem Hause der fr. Friedrichstraße wurden Anton Mruk und Czeslaw Pawlak überrascht, als sie, mit Einbrecherwerkzeugen wohl ausgestattet, gerade einen Einbruch verüben wollten.

Aus einem Verkaufskiosk von Edmund Niermojewski, Marshall Hochstraße 18, stahlen Einbrecher eine Handtasche mit Pfandscheinen über Goldsachen im Werte von 900 Zloty.

Der St. Martinstraße 34 wohnhafte Kaufmann Stefan Lunkiewicz verübte aus Verzweiflung über seine wirtschaftliche Notlage Selbstmord durch Erhängen. Seine Ehefrau wollte gleichfalls Selbstmord durch einen Sprung aus dem Fenster verüben, wurde aber von Mitbewohnern des Hauses zurückgehalten.

Die Expedientin Stanislawka Jezierska aus der fr. Bitterstraße 52 wurde in der Halldorfstraße von einer Straßenbahn angefahren und erlitt einen Schädelbruch.

Auf dem Hauptbahnhof wurde Stanislaw Dorkfeld aus Bendzin bei einem Taschendiebstahl ertappt und festgenommen.

Wegen zahlreicher Obligationsschwindereien wurden der Maurer Stanislaw Bakiera aus Posen und Konstantin Tokarzowski aus Tremessen festgenommen. Auf dem fr. Petriplatz wurde die 12jährige Elisabeth Polzinska von einem Radfahrer überfahren und nicht unerheblich verletzt.

§ Radewitz (Pobiedziska), 10. April. Dem Landwirt Gieselski in Promno hiesigen Kreises wurden zwei Schweine gestohlen.

Auf dem heutigen Wochenmarkt wurde für die Mandel Eier 0,65 gezahlt. Für Butter forderte man für das Pfund 1,80—1,80. Ferkel brachten 25—38 Zloty das Paar.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 11. April 1933.

Krasau — 2,62, Zawisch — 1,31, Warschau — 1,53, Plock — 1,40, Thorn — 1,59, Vordob — 1,62, Culm — 1,55, Graudenz — 1,79, Ruzsbe — 1,94, Biele — 1,34, Dirschau — 1,35, Einlaue — 2,30, Schlewenhorst — 2,44.

Chef-Redakteur: Gottfried Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Stöck; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seyfer; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragobski; Druck und Verlag von A. Dittmann S. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 85

Bromberg, Mittwoch den 12. April 1933.

Pommerellen.

11. April.

28 Kilometer neue Wegstreden in Pommerellen.

Vom Verkehrsministerium ist ein Projekt bearbeitet worden, das im ganzen Staatsgebiet den Aus- oder Umbau von 688 Kilometern Chausseen vorsieht. Die Arbeiten sollen in den Jahren 1933—1935 vorgenommen werden. Auf die Wojewodschaft Pommerellen entfällt von diesem Wegebauprogramm die Vollendung von Chausseen in einer Gesamtlänge von 28 Kilometern. Ein Teil des gemeinschaftlichen Wegebauplanes, der auf Grund des Gesetzes über den Arbeitsfonds ausgearbeitet worden ist, soll voraussichtlich noch in der diesjährigen Bauzeit ausgearbeitet werden.

Graudenz (Grudziadz).

× **Frühjahrszuchtviehauktion.** Auf dem Viehhof wurde die 23. Frühjahrszuchtviehauktion abgehalten. — Dazu waren 48 Zuchttiere gemeldet (37 Bullen und 11 Kühe und Stieren). Wesentlich vermindert hat sich die Zahl der ausstellenden Züchter, die im Katalog mit nur 14 angegeben waren. Es sind wieder die bekannten Namen der Züchter der Weichselniederung, u. a. S. Bartel-Sankst, Siebrandt und Franz-Bratwin, weiter bestrenommierte Züchter des ehemaligen Westpreussischen Herdbuches (Hendemann-Zajackowo, Hering-Mirowski), ferner die Nachfolger der ehemaligen deutschen Domänenpächter. Einzelne hatten bis sieben Exemplare gemeldet. Bei der Versteigerung fanden Mehrgebote unter 20 Zloty keine Berücksichtigung. Die im Verzeichnis oder in einem Nachtrag nicht angeführten Tiere dürften zur Auktion nicht zugelassen worden sein. Ein freihändiger Verkauf der auf dem Versteigerungsorte befindlichen Exemplare dürfte vor Beendigung der Auktion nicht erfolgen. Da die Landwirtschaftskammer wegen mangelnder Mittel mit dem Ankauf von Stationskullen recht vorsichtig verfuhr, gingen zunächst die Tiere zu recht mäßigen Preisen fort. Es wurde zwischen 300 und 580 Zloty gezahlt, manche Tiere fanden sogar keine Käufer. Ein Tier erzielte dann 1000 Zloty. Klaus-Dulzig zahlte für einen Bullen von Below-Slanie 780 Zloty, Kleinow-Hohenkirch 680 Zloty für ein Tier aus der Zucht von Hering-Mirowski. v. Bieler-Melno kaufte aus der gleichen Zucht ein Tier für 700 Zloty, v. Koerber-Koerberrode erzielte Preise bis zu 740, 800 und 900 Zloty. Von Kühen und Färsen waren nur zwei gestellt, die recht mäßige Preise erzielten. Rückardt-Schallenhof erhielt pro Kuh 300 Zloty, Sterken wurden bis zu 440 Zloty bezahlt. Interessante Aufschlüsse ergaben die Aufzeichnungen über die Jahreserzeugung von Milch und deren Fettgehalt. Im Verhältnis zur heutigen wirtschaftlichen Lage kann das Gesamtergebnis der Auktion befriedigend genannt werden.

× **Eine große Zahl Spaziergänger** wies dank dem recht angenehmen, wärmer gewordenen Wetter im Stadtwald, wo bereits zum Teil die Sitzbänke aufgestellt worden sind, der Palmsonntag auf. Alles freut sich über die wieder erwachende Natur mit ihrem Sprießen und Grünen. Leider wird diese Freude durch die Wahrnehmung von Zerstörungen durch Diebe, wie sie das Holzbedürfnis gezeigt hat, beeinträchtigt. Der Spielplatz am Waldhause z. B., der von Gartenverwaltung und Verschönerungsverein so anheimelnd mit Treppen, Umfriedigung, Bänken und Turngeräten versehen war, steht jetzt dem Beschauer mit erschreckender Klarheit entgegen. Nichts, aber auch rein nichts ist geblieben, der ganze Platz leer rasiert. Sogar die Treppentufen haben diebische Hände entführt und dem Ofen überantwortet. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm sehen viele andere der Erholung gewidmete Stätten aus. So hat man, um nur eine zu nennen, das öffentliche Gärtchen an der Schlachthofstraße (Marutowicza) auch seiner Umzäunung beraubt. Wie soll da die Stadtgärtnerei noch den Mut aufbringen, im Interesse der Allgemeinheit, besonders aber der ärmeren Kinderwelt, derartige Erreuerungs- und Verweilungsplätze zu schaffen und auszugestalten?

× **Die Eintrittskartengehälber**, die laut dem neuen, am 1. 4. in Kraft getretenen Gesetz über den Arbeitsfonds auch auf alle sportlichen Veranstaltungen, wie Fußball, Box- und Ringkämpfe, Pferde-, Radrennen usw. ausgedehnt worden sind, betragen, wie vom Magistrat bekanntgegeben wird, bei einem Eintrittsgelde von 0,26—1,00 Zloty 5 Groschen, von 1,01 bis 2,00 Zloty 10 Groschen, von 2,01 bis 3,00 Zloty 20 Groschen, von 3,01 bis 4,00 Zloty 30 Groschen, von 4,01 bis 5,00 Zloty 40 Groschen und über 5,00 Zloty 50 Groschen. Sportvereine sind verpflichtet, alle sportlichen Unternehmungen dem hiesigen Magistrat zu melden und die Bilette zwecks deren Besteuerung zugunsten des Arbeitsfonds vorzulegen. Die Gebühren werden von den die Eintrittskarten erwerbenden Personen entrichtet; einkassiert werden sie von den das sportliche Unternehmen veranstaltenden Personen, die auch für die Einzahlung an die städtische Steuerkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 104, verantwortlich sind.

× **Zwei Fahrräder** im Werte von 250 Zloty wurden aus der Werkstatt von Stanislaw Lampisz, Kehnenerstraße (Hallera), gestohlen, ein drittes Fahrrad, Alfons Kijewski-Mogot gehörig, aus dem Korridor des Hauses Herrentstraße (Panska) 10. Weiter sind bestohlen worden: Jozia Dybowska, Marienwerderstraße (Wybickiego) 27, um verschiedene Sachen aus der Wohnung (Wert 320 Zloty), Jozia Nowicka, Oberbergstraße (Madgora) 43, um eine Uhr und andere Gegenstände im Werte von 100 Zloty, Robert Brise, Tuszherdamm (Tuszewska Grobla) 12, um 11 Hühner im Werte von 60 Zloty.

× **Arbeitsvermittlungsschwindel** haben zwei Bewohner der Garnieck-Kaserne namens Jablonski und Reich betrieben. In Aneipen niederer Ordnung schlossen sie mit den ansersehen Opfern Bekanntschaft, versprachen den Hochbeglückten Arbeit und ließen sich für ihre „Bemühungen“ gewisse Beträge zahlen. Damit war die Sache dann erledigt; mit der zugesicherten Arbeit war's natürlich nichts, und die eblen Herren Vermittler ließen sich eben nicht mehr blicken. Wochenlang warteten manchmal die Betroffenen auf die erhoffte Arbeitsgelegenheit. Nunmehr ist der weitere unehrliche Beschäftigung der beiden „Vermittler“ ein Ende gemacht worden.

Thorn (Torun).

× **Aus der Weichsel gezogen** wurde Sonnabend abend bei einer Bühne beim Pionier-Übungsplatz eine Frauenleiche. Die benachrichtigte Polizei erkannte in der Toten die 24jährige Stefania Marcinkowska, Tochter des pensionierten Postvorstehers aus Inowroclaw, wieder. Wie ermittelt werden konnte, traf die Lebensmüde am 4. d. M. in Thorn ein und stürzte sich in selbstmörderischer Absicht in die Weichsel.

× **Ein Chemann giebt seiner Frau Salzsäure** in das Gesicht. Am letzten Sonnabend spielte sich im Hotel „Pod Zwem“ in der Seglerstraße (Seglarzka) eine eheleiche Szene mit tragischem Ausgang ab. Der dort seit einiger Zeit wohnhafte Paul Vogel begoß während einer Auseinandersetzung seine Ehefrau Marta mit Salzsäure. Die Bedauernswerte erlitt schwere Verbrennungen im Gesicht und wurde von der alarmierten Rettungsbereitschaft nach dem Stadtkrankenhaus gebracht. Ihr Zustand gibt zu Beforgnissen keinerlei Anlaß.

× **Wegen Veringschätzung des Polnischen Staates** wurde gegen einen 25jährigen jungen Mann aus der Seglerstraße (ul. Zeglarzka), der am Sonntag festgenommen wurde, Anzeige bei der Burgstarostei erstattet.

× **Der Polizeibericht vom Sonnabend und Sonntag** verzeichnet zwei Einbrüche, sechs gewöhnliche Diebstähle, einen Fall unrechtmäßiger Aneignung und einen Betrug. Zu Protokoll genommen wurden vierzehn Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, eine bzw. vier Zuwiderhandlungen gegen sitten- bzw. sanitätspolizeiliche Bestimmungen, ein Vergehen gegen die Meldeordnung und zwei Schlägereien. — Festgenommen und der Burgstarostei übergeben wurden zwei Personen wegen Herumtreibens auf dem Eisenbahnkörper, zwei Personen wegen verbotenen Glücksspiels in einem Personenzuge und drei Personen wegen Trunkenheit.

× **ch Verent (Roscierzyna), 9. April.** Die Polizei ermittelte zwei Männer, die damit beschäftigt waren, zwei aus dem Elektrizitätswerk gestohlene Fässer mit 300 Litern Steinöl abzufahren.

× **Tollmut** ist bei einem erschoffenen Hund festgestellt worden. Der bis auf Widerruf verhängte Sperre unterliegen die Ortschaften: Sobonez, Niedamowo, Eichenberg, Groß-, Klein- und Neu-Podles, Stawissen, Groß-, Klein- und Neu-Klinsch, Puz, Zielenin, Alt- und Neu-Grabau, Nekownica, Bendomin, Alt- und Neu-Varoschin, Luban, Neufzug, Piniewko, Hornikau, Lubieszyn, Lipczyn, Wylin, Plachtin, Slownica, Piniewo, Kartowo, Rowne, Orle, Garczyn, Alt- und Neu-Paleschen, Czerniki, Neu-Klischan, Schwarzenko und Verentschütte.

× **ef Briesen (Wabrzejno), 10. April.** Von unbekannten Tätern entwendet wurde dem Nebeneipächter Wroblewski ein Fahrrad, das er auf dem Hofe des Prospekts Jakrns hatte stehen lassen.

× **Im Zuge Schönsee-Gollub** wurde dem T. Sedryezka aus Poewiadowo eine Brieftasche mit Dokumenten gestohlen.

× **Feuer** entstand bei der Kätnerin M. Morgentern in Bielsk. Verbrannt ist der Stall und eine Kuh. Die polizeiliche Nachforschung ergaben, handelt es sich um Brandstiftung, die ein gewisser Dieb aus Rache verübt hatte. Er wurde festgenommen.

× **ef Briesen (Wabrzejno), 10. April.** Vom hiesigen Burgericht wegen Diebstahls zu einem halben Monat Gefängnis verurteilt wurde T. Lipinski aus Pfeilsdorf. Zur gleichen Strafe wurde wegen Diebstahls J. Karnaśzewski verurteilt. Der ehemalige Gemeindevorsteher aus Alt-Zielenin wurde wegen Unterschlagung von Amtsgeldern zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Für eine Beamteneileidigung wurde W. Piotrowski mit einem Monat Gefängnis bedacht.

× **Feuer** infolge Fehlerhaftigkeit des Schornsteins entstand bei dem Landwirt J. Górecki in Srebniki. Den Flammen fielen Wohnhaus und Mobiliar zum Opfer. Der entstandene Schaden beläuft sich auf 3000 Zloty und ist durch Versicherung gedeckt.

× **m Dirshan (Tczew), 10. April.** Verhaftet wurde der Eisenbahnbeamte Jachimczak von hier. Die Verhaftung, welche auf Anordnung der Gerichtsbehörde erfolgte, hat großes Aufsehen erregt. Eine weitere Untersuchung ist eingeleitet worden.

× **Viz Sonnabend, den 15. April,** ist des Nachts die Neustadt-Apothek an der Danzigerstraße geöffnet.

× **Bestohlen** wurde eine Frau Lucja Górski von hier. Während ihrer Abwesenheit drang ein bisher unbekannter Dieb in die Wohnung und entwendete Schmuckachen im Werte von ca. 110 Zloty.

× **h Gorzno (Gorzno), 10. April.** Wie wir seinerzeit berichteten, kam es am 11. September v. J. auf dem hiesigen Marktplatz zu einem Kravall, wobei am Polizeigebäude mehrere Fenster eingeschlagen, ferner ein Polizist entführt und um Haarebreite von einer wutentbrannten Frau erstickt worden wäre. Die Beteiligten an dieser Ausschreitung hatten sich nun vor dem in Strassburg (Brodnica) tagenden Thorneer Bezirksgericht zu verantworten. Auf der Anklagebank saßen 15 Personen. Alle Angeklagten bekannten sich nicht zur Schuld. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Maximilie Sosnowska ein Jahr Gefängnis, Marian Jakubowski, Leopold Wisniewski, Franz Twarogowski je 8 Monate Gefängnis, Klemenz Wisniewski, Franz Komosinski, Josef Baranski, Thomas Dylewski, Johann Komolowski, Maximilian Komolowski je 6 Monate Gefängnis, Stanislaus Krukowski 2 Monate Arrest, Alexander Struzynski und Jyodor Jarzynka wurden freigesprochen. Die Anklage gegen Anton Komosinski und Alojz Wisniewski wurde niedergeschlagen. Jakubowski und Sosnowska erhielten 5 Jahre, alle übrigen Verurteilten 2 Jahre Bewährungsfrist. Die Untersuchungsakten wurden ihnen zugerechnet. Die beschlagnahmte Schusswaffe nebst Munition wurde der Starostei zwecks weiteren Verfahrens überwiesen.

× **Ein Unglücksfall** ereignete sich in diesen Tagen in Samin in der Wassermühle Bloch. Schulkinder aus Radost hatten einen Ausflug nach Samin unternommen und besichtigten u. a. auch die im Gang befindliche Mühle. Dabei waren 6 Kinder in den Fahrstuhl gestiegen. Während



ODOL-Zahnpasta reinigt die Zähne gründlich, ohne den Zahnschmelz anzugreifen. Besonders für Raucher ist die regelmäßige Zahnpflege mit ODOL-Zahnpasta eine unbedingte Notwendigkeit.

der Fahrt riß der Stuhl ab und die Kinder kamen zu Fall. Der 9 Jahre alte Knabe Domzalski erlitt einen Beinbruch, zwei andere Knaben wurden schwer verletzt, während der Rest mit dem bloßen Schrecken davonkam.

× **h Hasenau (Zawada), Kreis Schwes, 9. April.** Kürzlich wurden aus dem Hühnerstall des hiesigen Besitzers Haberel über 50 Hühner gestohlen; desgleichen versuchten die Diebe bei den Besitzern Liedtke und Fröhlich Diebstähle auszuführen, wurden aber in ihrem Handwerk gestört und entkamen unerkannt.

× **tz Konitz (Chojnice), 10. April.** Vor dem Konitzer Landgericht hatte sich Julian Dembek wegen Spionage zu verantworten. D. ist ein Schwager des wegen Spionage unlängst verurteilten Plitt und soll mit ihm zusammen Spionage getrieben haben. Nach eintägiger Verhandlung wurde D. wegen Spionage zugunsten eines Nachbarstaates zu 5 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Verurteilte legte sofort gegen das Urteil Berufung ein.

× **Wegen Brandstiftungsverdachts** wurde ein Landwirt aus Frankenhagen in das Konitzer Gefängnis eingeliefert.

× **p Neustadt (Wejherowo), 10. April.** In der gestrigen Sitzung des „Katholischen Arbeitervereins“ im Schmidtschen Lokal hielt Lehrer Gawin einen längeren Vortrag über Jugenderziehung.

× **Gestohlen** wurden dem Gastwirt Knapinski in Lebno Waren für etwa 320 Zloty. Aus dem Gutshof Selisraun holten sich „Bedürftige“ 20 Kiefernstangen. Dem Leon Orzenowicz in Refau wurde ein Fahrrad von Josef Rotte aus Bresin entwendet.

× **f Strassburg (Brodnica), 10. April.** Der hiesigen Polizei gelang es, in der Nacht zum 9. d. M. zwei Hühnerdiebe zu verhaften. Ein dritter konnte sich in Sicherheit bringen. Die Verhafteten hatten in Säcken 24 geschlachtete Hühner bei sich, die Landwirten in Schwes gestohlen wurden.

× **Wegen Ausbesserung der Chaussee Strassburg-Kypin** ist für den Fahrverkehr die Strecke von Kilometer 27—37 gesperrt worden und wird über den Landweg rechts des Exerzierplatzes geleitet.

Kleine Rundschau.

Englische Bewunderung für „Graf Zeppelin“.

Unter Hinweis darauf, daß die Englische Regierung nach der Katastrophe des Luftschiffes „R. 101“ den Luftschiffbau aufgegeben hat, sieht die Presse in der Katastrophe der „Acron“ eine Rechtfertigung der englischen Politik. Nur die „Times“ enthalten sich vorläufig jeder Stellungnahme.

Andererseits werden den Luftschiffkatastrophen in Amerika, England und Frankreich die fabelhaften Leistungen des „Graf Zeppelin“ gegenübergestellt. „Daily Express“ sagt: Gegenüber diesen Schiffen des Todes hat der „Graf Zeppelin“ beinahe einen sensationellen Erfolg erzielt. „Morning Post“ hält eine Zukunft der Luftschiffahrt für möglich, wenn weiter umfassende Forschungen durchgeführt würden, die zu einer völligen Sicherheit führten. Die erfolgreichen Flüge des „Graf Zeppelin“ seien großartig und riefen die höchste Bewunderung für die Erbauer und die Besatzung des Schiffes hervor.

„Daily Herald“ ist der Ansicht, daß die „Acron“ zu schwer war und daher an Sicherheit nicht mit dem „Graf Zeppelin“ verglichen werden konnte.

Flugzeug stürzt in die Zuschauermenge.

Beim Nationalsozialistischen Jungflieger-Treffen in Staaken, das von vielen zehntausend Menschen besucht war, trug sich Sonntag nachmittag ein bedauerliches Unglück zu. Bei einer gemächten Staffette zwischen Reitern, Läufern, Motorradfahrern und Flugzeugen freifte die Albatros-Maschine „D 1705“, die von dem 33jährigen Piloten Hermann Hackbusch aus Epanbau gesteuert wurde, eine Hochspannungsleitung, der Flügel brach und das Flugzeug stürzte zwischen Chausseebäumen am Rennhäuser Damm ab. Während der Flugzeugführer selbst aus den Trümmern des Apparats mit verhältnismäßig leichten Verletzungen geborgen werden konnte, wurde ein Zuschauer, der 58 Jahre alte Arbeiter Karl Schaefer, auf der Stelle getötet. Ferner wurde die 20jährige Sabiha Beki, die Gattin eines türkischen Oberleutnants, lebensgefährlich verletzt. Der Flugzeug-Absturz spielte sich vor den Augen zahlloser Menschen ab.

Siedlungs-Programme im Reich.

Aus Berlin wird gemeldet:

Oberpräsident Lube, der Führer der nationalsozialistischen Preußenfraktion, veröffentlicht im Preussischen Pressedienst der NSDAP unter der Überschrift „Die Fragen und Nationalsozialismus“ einen Artikel, in dem es u. a. heißt:

„In den Zeiten der schwarz-rot-goldenen November-Republik war der deutsche Osten das Stiefkind des Reiches und Preußens. Das Zentrum hatte eine rein westliche Orientierung. Der Sozialdemokratie war der deutsche Osten in tiefer Seele verhaßt, weil er sich auch in den Zeiten der größten Würdelosigkeit der schwarz-roten Beherrscher der Nation stark zum nationalen Gedanken bekannte.“

Nach dem Umsturz haben die preussischen Kommissare Adolf Hitler, die für preussische Ministerämter vorgesehenen Parteigenossen Göring, Rust und Kerrl, trotz mancher Widerstände anderer Kreise zunächst die Übertragung zweier wichtiger Provinzen Preußens an bekannte nationalsozialistische Gauleiter durchgeführt. Der preussische Landtagsabgeordnete Helmuth Brückner wurde Oberpräsident der wichtigen Grenzprovinz Niederschlesien, der Fraktionsführer in Preußen, Lube, wurde mit dem Amt des Oberpräsidenten von Brandenburg und Berlin betraut. Es ist selbstverständlich, daß der preussische Nationalsozialismus, der über die absolute Mehrheit im Landtag verfügt, auch für die Provinzen Oberschlesien, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern und Ostpreußen nationalsozialistische Oberpräsidenten fordert.

Der deutsche Osten ist menschenarm und bereitet, Menschenmassen deutschen Blutes als Bauern und Siedler aufzunehmen. Allein der nationale Sozialismus Adolf Hitlers hat den Willen und die Fähigkeit, dieses gewaltige Werk zu meistern, das an Bedeutung die Bauernbefreiung des Freiherrn vom Stein übertrifft. Dieses nationalsozialistische Siedlungsprogramm ist nicht schlechthin dem Großgrundbesitz gegenüber feindselig eingestellt. Dann wäre es marxistisch. Es ist aber sozialistisch und fordert darum die Eingliederung aller Sonderinteressen in die Staatsordnung und unter die Gebote der Staatsautorität.

Der deutsche Osten braucht selbständige Bauern und Siedler. Latifundien kann er nicht gebrauchen. Er kann Großgrundbesitz ertragen, der von seinem Besitzer selbst verwaltet und bewirtschaftet werden kann. Standesherrschaften mit 50.000 und 60.000 Morgen passen nicht in den Rahmen des dritten Reiches, denn der Boden ist nicht Ware und gibt nicht Sonderrechte. Boden und Blut, das heißt Landbesitz und Volk, gehören zusammen. Man komme uns nicht mit standespolitischen Einwänden oder mit der Behauptung von dem Rechte, das mit dem Einzelnen geboren sei. Man rede uns nicht von Rechten, die durch die Überlieferung heilig und unverletzlich seien. Nur ein Recht ist mit uns Preußen und Deutschen geboren: das Leben unseres Volkes mit allen Mitteln der göttlichen Weltordnung rücksichtslos zu verteidigen und zu schützen.

Die Klärung der preussischen Regierungsverhältnisse ist auch für die Inangriffnahme dieser Probleme eine unbedingte Voraussetzung. Die preussische Landtagsfraktion der NSDAP ist bereit, jederzeit, dem Gebote des Führers folgend, für diese Klärung zu sorgen. Wir haben in den Preussengauen des Reiches unter der Führung Adolf Hitlers die Voraussetzungen dafür durch den Preussentag, der dem Führer 21 Mandate brachte, im Rahmen des Reichstages am 5. März 1933 geschaffen.“

Reichsadler auf goldenem Felde.

Die Amtsschilder der Reichsbehörden.

Aus dem Reichsministerium des Innern wird mitgeteilt:

Aus nationalen Kreisen sind Einwendungen gegen die Amtsschilder der Reichsbehörden, die den schwarzen, rot bewehrten Adler auf goldenem oder goldgelbem Untergrund zeigen, mit der Begründung vorgebracht worden, die Beibehaltung dieses Untergrundes bedeute eine Konzeption an die Anhänger des bisherigen Systems. Diese Auffassung ist irrig. Der Reichsadler ist im Schild, also als Reichswappen, nicht erst seit 1918, sondern seit Jahrhunderten auf goldenem, bei Anwendung anderer Stoffe als Metall auf goldgelbem Grunde, dargestellt worden.

Nach einer noch vorhandenen Abbildung aus dem 14. Jahrhundert ist der Reichsadler im Wappenschild schon damals auf goldenem Grunde geführt worden. Das Wappenzeichen des Römischen Reiches Deutscher Nation war stets der Adler in goldenem Felde.

Getreuen dem alten ehrwürdigen Reichssymbol wurde bei der Kaiserproklamation zu Versailles am 18. Januar 1871 ein goldgelber Wappenschild mit dem schwarzen, rot bewehrten Adler verwendet. Sodann hat Kaiser Wilhelm I. auf Antrag des Reichskanzlers Fürst von Bismarck durch Erlass vom 15. Oktober 1871 bestimmt, daß das Kaiserliche Wappen, das gleichbedeutend war mit dem Reichswappen, einen goldenen Schild mit dem schwarzen, rot bewehrten Adler zeigt. Der gleiche Erlass schrieb für die Standarte des Kaisers gelbe Farbe (d. h. goldgelb gefärbtes Segeltuch) vor, abwechselnd mit dem schwarzen, rot bewehrten Reichsadler und der Reichskrone schwarz, darauf das Eisene Kreuz mit dem Kaiserlichen Wappen, d. h. dem Kaiserlichen Adler auf goldgelbem Schilde. Diese Kaiserstandarte wurde zum ersten Male am 16. Oktober 1871 auf dem Schloß zu Berlin gesetzt, als im Weißen Saal die Eröffnung des Reichstages stattfand. Der Oberzeremonienmeister und Chef des Heroldamtes, Dr. Graf Stiellfried, schrieb über dieses historisch denkwürdige Ereignis: „Als der Kaiser sein Palais Unter den Linden verließ, senkte sich die auf demselben wehende purpurne (Preussische) Königsflagge; gleichzeitig aber stieg auf den Zinnen des Schlosses die Kaiserstandarte langsam empor, und als der Kaiser in das Schloßportal eintrat, war sie vollständig gehißt und stand im Winde ohne eine Falte, prächtig goldglänzend anzusehen, und vom zahlreich versammelten Publikum bewundernd angestaunt.“

Bei den späteren Änderungen der Form des Kaiserlichen Adlers (Reichsadlers) ist der goldene Untergrund im Wappen stets beibehalten.

Der goldene (goldgelbe) Untergrund im Wappenschild beruht somit auf alter Tradition. Seine Erziehung durch einen silbernen (weißen) Untergrund würde der Überlieferung des Reichs nicht entsprechen. Auf silbernem (weißem) Untergrund standen von jeher der Adler im Preussischen Wappen, nicht aber im Reichswappen.

Zu einer Beseitigung der Amtsschilder der Reichsbehörden liegt also zunächst kein Anlaß vor. Ob das Reichswappen mit dem Symbol der nationalen Erhebung, dem Hakenkreuz, etwa durch Auflegung eines Hergolds, vermählt werden soll, bleibt künftiger Entscheidung vorbehalten.

Eingriff verboten!

Der Vorsitzende der politischen Zentralkommission der NSDAP, Reichstagsabgeordneter Rudolph Haß, veröffentlicht folgende Anordnung:

„Es ist den Mitgliedern der NSDAP, NS- und SS-Männern oder sonstigen Angehörigen der NSDAP untersagt, in die inneren Verhältnisse der Wirtschaftsinstitutionen, Industriewerke, Banken usw. selbständig einzugreifen, Abkündigungen vorzunehmen und dergleichen. In irgend welchen Eingriffen muß die ausdrückliche Genehmigung der Wirtschaftsbeauftragten der NSDAP vorliegen, die nur im Einvernehmen mit der politischen Zentralkommission handeln dürfen.“

Mithelfer van der Luebbes?

Am Donnerstagabend wurde ein Anwohner der Adolfs-Hiler-Straße in Plauen (Vogtland) festgenommen. Er steht in dem Verdacht, kurz vor der Brandstiftung im Reichstagsgebäude den Holländer Marius van der Luebbe, der die Brandstiftung im Reichstag begangen hat, einige Tage in seiner Wohnung beherbergt zu haben. Eine Zeugin will Luebbe nach einem veröffentlichten Bild mit aller Bestimmtheit erkannt haben. Die näheren Feststellungen in dieser Angelegenheit sind aber noch zu treffen. Vor allen Dingen wird durch Rückfragen festgestellt werden müssen, ob Luebbe sich tatsächlich in Plauen aufgehalten hat.

Mensuren in Preußen wieder erlaubt.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Kommissar des Reiches für das Preussische Justizministerium, Landtagspräsident Kerrl, den Staatsanwaltschaften zu der Frage der Strafverfolgung studentischer Mensuren in einem solchen ergangenen Erlass neue Richtlinien erteilt.

Der Erlass betont, die Freude an der Mensur entspringe dem Kampfsgeist, der in der akademischen Jugend nicht gehemmt, sondern gefördert werden müsse. Er weist darauf hin, daß Mensuren den persönlichen Mut fördern, Selbstbeherrschung verlangen und die Willenskraft stärken. In einer Zeit, die die Erziehung der männlichen Jugend im Geiste der Wehrhaftigkeit mit allem Nachdruck fördere, habe die Öffentlichkeit kein Interesse an der Unterbindung der studentischen Mensuren. Schon bisher hätten zahlreiche Gerichte dahin entschieden, daß die studentischen Schlägermensuren keine strafbare Handlung seien.

Dieser Auffassung tritt Reichskommissar Kerrl bei und ersucht die Staatsanwaltschaften, von der Verfolgung studentischer Schlägermensuren, wenn die dabei üblichen Vorsichtsmaßnahmen angewendet worden seien, abzusehen.

Beginn mit Subel.

Amerika feierte die Wiedereinführung des Bieres.

In 19 Staaten und im Distrikt Columbia konnte mit dem Ausank von Bier begonnen werden, das freilich nur 3,2 Prozent Alkohol enthalten darf. Nach vierzehn Jahren trat dieser Augenblick wieder ein. Er gab

zu unerhörten Freudenkundgebungen

Anlaß, wie man dies sonst nur am amerikanischen Unabhängigkeitstage erlebt. Natürlich ist der Bierauschank, der nach Mitternacht um 0 Uhr 1 Minute einsetzte, nur als ein Interimszustand zu betrachten, bis die ganze Bestimmung in der Verfassung aufgehoben ist, die den Auschank von vollwertigen Weinen, Likören usw. verbietet. Man rechnet damit, daß auch dieses Verbot in der nächsten Zeit aufgehoben wird.

Die Minute, in der der Bierauschank einsetzen durfte, kann man fast als feierlich bezeichnen. Wahre Prozessionen schritten durch die Straßen. Musikkapellen spielten das Lied „Glückliche Tage kehren wieder“. Die alte Operette „Der Prinz von Pilsen“ wurde für einen Tag neuerlich hervorgeholt. Alle Theater und Varietés spielten von Mitternacht an. Alle Nachtclubs waren geöffnet. Der berühmte Boxer Jack Dempsey war Toastmeister. Alle Funktionen feierten durch eigene Programme das große Ereignis. Der Präsident der Columbia-Universität, Dr. Nikolaus Murran Butler, der immer Gegner der Trockenheit war, erklärte in einer Rede, daß nunmehr die Freiheit der Vereinigten Staaten wiedergekehrt sei.

Während die Wiedereinführung des Bieres in einer Reihe von Bundesstaaten bereits mit wahren Volksfesten begrüßt wurde, steht diese Freude dem Staat New York noch bevor, denn hier haben die Brauereien erst am Freitag (12 Uhr MEZ) begonnen, ihre Kunden zu beliefern. In den letzten Stunden vor der Wiedereinführung des Bieres, das über 13 Jahre in seinem vollen Umfange in Kraft war, bot New York das gewohnte Bild. Doch wird auch hier sicher in den Abendstunden die Wiederkehr des Bieres eine lebhafteste Begrüßung finden.

In Milwaukee kam es zu einem regelrechten Sturm auf die Brauereien,

als die Kunde sich mit Windeseile verbreitete, daß die Brauereien zur Feier des Tages Freibier verschenken. In San Francisco, wo ebenfalls wie in Milwaukee der Auschank des Bieres mit dem Glodenschlag 12 Uhr um Mitternacht freigegeben worden war, zogen die Bierwagen, die seit Verhängung der Prohibition müßig gestanden hatten, geschmückt und von Kapellen begleitet durch die Straßen. In Oakland in Kalifornien setzte der Biertransport mit einer solchen Stärke ein, daß Straßenbahnwagen und andere Fahrzeuge auf längere Zeit den Verkehr unterbrechen mußten. Daß die Freigabe des Bieres auch für die Alkoholschmuggler, die natürlich befürchteten, von der „legalen“ Konkurrenz vollkommen zu Boden gedrückt zu werden, einige Vorteile mit sich brachte, zeigt das Beispiel der Stadt Portland in Oregon,

wo das vorhandene Bier schon 15 Minuten nach Mitternacht restlos verbraucht worden war.

Das Publikum suchte bei den Alkoholschmugglern nach weiterem trinkbarem Material und fand dieses dort zu Preisen, die nur einen Bruchteil von dem darstellten, was während der ersten Jahre der Prohibition gefordert worden war.

Hitler in Süddeutschland.

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) Reichskanzler Adolf Hitler hat am Montag Berlin zu einem kurzen Erholungsaufenthalt verlassen und ist nach Süddeutschland abgereist. Auch Reichsminister Goebbels wird am Mittwoch Berlin verlassen. Mit der Ernennung der Statthalter wird vor Ostern kaum noch zu rechnen sein. Reichskanzler Adolf Hitler hat vor seiner Abreise den Generaldirektor der deutschen Reichsbahn Dr. Doppmüller zu einer Besprechung über Reichsbahnfragen und über eine großzügige Arbeitsbeschaffung zur Belebung der deutschen Wirtschaft empfangen.

Berlin — Prag.

Die Verhandlungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei über den beiderseitigen Handelsverkehrsverkehr sind im Laufe des Freitags zu einem, wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, für beide Teile befriedigenden Abschluß gekommen. Das neue Abkommen dürfte bereits Anfang der neuen Woche in Kraft treten. Die Einzelheiten werden noch bekanntgegeben werden; man darf aber nach unseren Informationen annehmen, daß die vor einiger Zeit entstandenen Schwierigkeiten zwischen beiden Ländern nunmehr ausgeräumt sind.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 14. April.

Königsplatz-Hausen.
08.00: Aus der Christuskirche: Morgenfeier. 08.55: Von Berlin: Morgenfeier. Anschl.: Von Berlin: Glodengeläut des Doms. 10.05: Von Berlin: Wetter. 11.00: Seewetterbericht. 12.00: Von Leipzig: Konzert. 16.00: Dr. Hans Kayser: Große Gestalten der deutschen Musik. 16.30: Orchesterkonzert. Kammerorchester des Kampfbundes für deutsche Kultur, Dir.: Hanns Steinhilber. 17.30: Vier ernste Gesänge. 18.00: Eberhard Wolfgang Müller: Anruf und Verkündigung der Toten. 18.30: Kammermusik. S. v. Beethoven: Streichquartett, Op. 95, F-Moll. Das Priscia-Quartett. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Joh. Seb. Bach: Matthäus-Passion. 22.00: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.45—23.00: Seewetterbericht.

Breslau-Gleiwitz.
09.50: Glodengeläut. 10.00: Evangel. Morgenfeier. 12.00: Chorkonzert. 14.00: Mittagsberichter. 18.15: Aus der Christophorkirche: Orgelmusik am Karfreitag. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: J. S. Bach: Matthäus-Passion. 20.50: Abendberichter (I). 21.00: Die vierzehn Stationen des Karfreitags. Worte von Ruth Schumann. Musik von Johannes Rieck. 22.00: Aus den Sonaten zur Verherrlichung von 15 Mythen aus dem Leben Christi und Maria, von Frz. von Siber (1644—1704).

Königsberg-Danzig.
07.00—08.00: Schallplatten. 09.00: Evangelische Morgenandacht. 12.00: Von Leipzig: Konzert. 14.00: Frauenstunde. 14.30: Alte Epiken. 15.00: Konzert. 17.10: 700 Jahre Ostpreußen. 18.00: Konzertstunde. 19.00: Stunde der Nation. Von Berlin: Joh. Seb. Bach: Matthäus-Passion. 22.20: Aus dem Opernhaus: Parsifal III. Akt. Von Richard Wagner.

Leipzig.
06.35—08.15: Frühkonzert. 08.30: Morgenfeier. 10.30: „Jesu Leiden und Tod“. Nach den Visionen der Katharina Emmerich, herausgegeben von Clemens Brentano, bearb. von Hans Peter Schmitz. Musik von Hermann Ambrosius. 12.00: Konzert. 18.00: Aus der Kreuzkirche zu Dresden: „Matthäus-Passion“ von J. S. Bach.

Dresden.
12.10—13.20: Schallplatten. 15.50: Schallplatten. 17.00: Konzert. 18.00: Konzert. 20.00: „Parsifal“, Hörspiel nach der gleichnamigen Oper von Wagner. 21.40: Geistliches Konzert. Chor der Heiligen Kreuzkirche.

Graudenä.

Deutsche Bühne

Grudziadz, G. B.
Dienstag, d. 17.4.33, im Gemeindehaule
Anfang 19 Uhr
Schluß 21.45 Uhr

„Frauen haben das gern.“

Schwanke, Operette in 3 Akten v. Franz Arnold und Ernst Bach.
Musik v. Walter Kollo.
Gejangstexte 3478 von Rieckmus.
Preise der Plätze einschließlich Steuer von 31. 1.— bis 31. 3.—.
Eintrittskarten im Geschäftszimmer 1000 Groblowa (Ede Mickiewicz 10), Telefon 35.

Emil Romey

Papierhandlung
Toruńska Nr. 16
Telef. Nr. 438.

Am Karfreitag, dem 14. April

und

Ostersonabend, d. 15. April

bleiben unsere Schalter

geschlossen.

Danziger Privat-Aktien-Bank

Filiale Grudziadz 3482

Danziger Raiffeisenbank

E. G. m. b. H. — Sp. z ogr. odp.

Deutsche Volksbank

Bank Spółdzielczy z ogr. odp. w Bydgoszczy

Oddział w Grudziadzu.

Weine und Spirituosen

in größter Auswahl

empfehlen zu billigen Preisen

Fr. Wojak 3477

Wein- und Spirituosen-Spezialgeschäft

Plac 23 Stycznia 22. — Telef. 93.

Thorn.

Osterkarten

größte Auswahl

Justus Wallis

Papierhandlung

ulica Szeroka Nr. 34.

3199

Billig!!!

Mandeln 1½, groß Pfd. 5.50, Sultanin. Pfd. 2.80, Korinth Pfd. 1.40, Margarine Pfd. 1.00, Bratenfett Pfd. 0.90.

Aracowski, Ecke Chelminska a. Markt

Gold u. Silber.

Goldschmiedemeister Hoffmann, Bielefeld 12.

Gute Vollmilch

liefert frei Haus

Gr. Wundt, Thorn

Damenmäntel und Kostüme

fertigt schnell, sauber und billig W. Szindler, Thorn, ul. Brota 2, 111.

Gold- u. Silbermünzen

kauft z. höchst. Preisen

Edmund Lowegowski,

2038 Toruń, Mostowa 34.

Schlosser-

Lehrlinge

mit Befähig. u. Schloß

stelle stellt ein 3344

Georg Doehn, Thorn.

Glück und Ende

der Gebrüder Rotter.

Den „Münchener N. N.“ entnehmen wir folgende Betrachtung über den durch den abenteuerlichen Entfährungsversuch wieder aktuell gewordenen „Fall Rotter“:

Die Brüder Rotter, Söhne des Leipziger Kaufmanns Schale, tauchten vor 25 Jahren zum ersten Male in Berlin auf und begannen sich sogleich für das Theater zu interessieren. Sie entwarfen im Bessingtheater eine regelrechte Strindberg-Konjunktur, brachten im Krolltheater Klassiker in pompöser Besetzung heraus, verfrachten und gründeten in der Komischen Oper ein Schauspielhaus, das in kurzer Zeit wieder zusammenbrach. Erst im damaligen Residenztheater konnten sie festen Fuß fassen, und hier begann dann auch der nach außen hin glänzende Aufstieg der beiden Brüder, die damit aber zugleich

das Berliner Theaterleben völlig korrumpierten.

Die Rotters waren die Erfinder des Starwesens; sie zahlten bekannten Stars oder durch großzügige Reklame gemachten Stars wahnsinnige Honorare, die an den Chagenspielern wieder hereingefpart wurden. Sie waren weiter die Erfinder des Bearbeitungssystems; jedes Stück, das sie spielten, arbeiteten sie etwas um, damit sie an dem Lantienmen-Honorar beteiligt werden mußten. Kurz nach dem Krieg gehörten ihnen bereits drei Theater, die sie aber nach der Inflation alle wieder aufgeben mußten. Da fiel ihnen durch einen Zufall das bekannte Metropol-Theater zu. Nun warfen sich die Rotters mit Feuereifer auf die Operette, holten Künstler wie Schützendorff, Böhnen, Battiera, Vera Schwarz und Gitta Upar von der Opernbühne durch enorme Gagen weg und brachten Premieren heraus, wie sie Berlin noch nicht erlebt hatte. Sie nahmen damals allerdings auch Eintrittspreise, die Berlin gleichfalls noch nicht erlebt hatte. Jetzt setzte auch das berühmte, berüchtigte Bon-System ein, das die Häuser der Rotter, die zeitweise bis zu zehn Theatern in Händen hatten, füllen sollte. In jedem Bazarrengeschäft konnte man Karten zu ermäßigten Preisen erhalten, eine Praxis, die allmählich den Ruin zahlreicher ernsthafter Bühnen mit sich führte.

Doch die Rotters lebten in ihrer Scheinwelt weiter.

Als die Einnahmen immer weiter zurückgingen, häuften sie Schulden auf Schulden, verpachteten ihren Bühnen-Großbetrieb in einer Weise, daß kein Mensch mehr durchblicken konnte, sorgten aber dabei, wie sich später herausstellte, rechtzeitig juristisch und finanziell für ihre persönliche Sicherheit. Im Januar dieses Jahres, nachdem im Großen Schauspielhaus noch eine Premiere stattgefunden hatte, kam dann der unvermeidliche Crash. Wie ein Kartenhaus brach der längst ausgehöhlte und überschuldete Konzern zusammen.

Der Konkurs mußte angelegt werden, bei dem zahllose Gläubiger leer ausgehen werden.

Die Rotters aber waren im Augenblick des Zusammenbruchs bereits verschwunden. Als man sie nachträglich in Riechtenstein entdeckte, entpuppten sie sich als Bürger dieses kleinen Staates. Sie waren damit, da Riechtenstein eigene Staatsangehörige nicht ausliefert, dem Zugriff der deutschen Behörden entzogen. (Diese hatten übrigens keine Auslieferung verlangt.)

Das Drama von Baduz wirft für den Konkursverwalter neue juristische Fragen

auf. Es ist seine Pflicht, sich Aufklärung darüber zu verschaffen, ob die Konkursmasse, die ja bisher ziemlich gering ist, durch den Tod des Ehepaars Alfred Rotter einen Zuwachs erhalten kann. Dabei sind in erster Linie die erheblichen Zusammenhänge zu untersuchen und nach Möglichkeit aufzuklären, ob Frau Rotter zuerst ihren Verletzungen erlegen ist, so daß ihr Gatte sie noch beerbt hat und dadurch bei seinem Tode auch das Vermögen der Frau dem Nachlaß Alfred Rotters und damit der Konkursmasse zufallen würde, wobei es sich in der Hauptsache allerdings um die Werte handeln kann, die von dem Ehepaar nach Riechtenstein mitgenommen worden waren. Wahrscheinlich dürfte sich aber die Frage, wer von den Ehegatten zuerst seinen Verletzungen bei dem Sturze erlegen ist — bekanntlich fand man beide als Leichen auf — überhaupt nicht mehr aufklären lassen, so daß sie nach dem Gesetz als gleichzeitig gestorben gelten müssen und keiner den anderen beerbt. Daß der überlebende Bruder

dann die Erbschaft antreten würde, ist unwahrscheinlich, weil eine starke Überschuldung des Nachlasses vorliegt. Die Frage wäre nun, ob ähnlich den deutschen Bestimmungen, in diesem Falle der Staat Riechtenstein die Erbschaft antreten würde oder ob sich die dortigen Behörden bereit erklären, den Nachlaß des Ehepaars Alfred Rotter dem Berliner Konkursverwalter zugunsten der Gläubiger auszuliefern.

„Menschenraub“.

Neue Verhaftung in Riechtenstein.

Der Chef der Fürstlich Riechtensteinschen Regierung in Baduz erklärte dem Korrespondenten, daß die Regierung den Überfall auf die Gebrüder Rotter als ein verabschiedungswürdiges Verbrechen ansieht, das in ihrem Lande bisher noch kein Beispiel habe. Die Regierung sei entschlossen, das Gesetz in seiner ganzen Schärfe gegen die Täter in Anwendung zu bringen. In der Bevölkerung von Baduz verurteilt man besonders die Mitwirkung von drei Riechtensteiner Bürgern, denen man vorwirft, den Ruf des Landes als Asyl geschädigt zu haben. Die Regierung hat bereits an die österreichischen Behörden den Antrag auf Auslieferung der im Gefängnis zu Feldkirch sitzenden deutschen Täter gestellt. Sie erwartet, daß diesem Antrag nach Abwicklung der Formalitäten ohne Verzug Folge geleistet werde.

Die Riechtensteinsche Regierung stellt sich hierbei auf den Standpunkt, daß es sich um ein gemeines und nicht etwa um ein politisches Verbrechen handelt. In Riechtenstein gilt das österreichische Strafgesetz von 1853 mit nur geringen Abänderungen. Danach gilt der Überfall auf die Brüder Rotter als Menschenraub. In Frage kommt sowohl versuchter als auch vollendeter Menschenraub. Bei einem Versuch ist es gegenüber Alfred Rotter geblieben, während Fritz Rotter durch List wenigstens vorübergehend der Freiheit beraubt, gefesselt und im Auto entführt worden sein soll, bis es ihm gelang zu entkommen. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft liegt seitens der Hauptbeteiligten Menschenraub vor, der durch die Verbindung mit Mißhandlungen mit schwerem Kerker bis zu zwanzig Jahren bedroht ist.

Dagegen kann ein direktes Verschulden an dem Tod von Alfred Rotter und seiner Frau nicht ohne weiteres konstruiert werden, da der Tod beider teilweise auf einen Unglücksfall zurückgeführt wird. Die Untersuchung der Tat und ihrer Begleitumstände liegt in den Händen des Landrichters Thurnherr, der mit dem Regierungschef Dr. Hoop eine Ortsbesichtigung vorgenommen hat.

Als Mitbeteiligter, wenigstens als Mitwisser, kommt noch ein Architekt Röckle aus Frankfurt a. M. in Frage, der in Baduz gebürtig ist, später in Frankfurt die deutsche Staatsangehörigkeit erwarb, durch Erbauung einer Synagoge in Frankfurt bekannt geworden ist und kürzlich einen staatlichen Bauauftrag in Baduz erhalten hatte. Er ist ebenfalls in Haft genommen worden, und seine Aussagen bestätigen bereits die Tatsache seiner Mitwisserschaft. Es besteht die Vermutung, daß er auch aktiv an der Vorbereitung des Planes mitgewirkt hat. (Anmerkung der „Frankf. Zeitg.“: Röckle, der die Westend-Synagoge in der Freiherr-vom-Stein-Straße gebaut hat und früher in Freimaurerkreisen eine Rolle spielte, hatte sich später rechtsradikalen Kreisen angeschlossen.)

Patentreiz oder Gobjektieren.

Im Kampf auf Tod und Leben.

Dmowski als Prophet.

In einer früheren Artikelserie hatte Roman Dmowski den unvermeidlichen Niedergang Deutschlands mit aller Bestimmtheit verkündet; seither hat er Gehirn, Gesicht und Mund gewechselt und singt über die Deutschen eine ganz andere Melodie. In seiner letzten (von uns bereits zweimal behandelten) Artikelserie, in welcher er „das Antlitz des XX. Jahrhunderts“ be-

Immer daran denken!

Es gibt nur ein Aspirin! Wohl gibt es viele Nachahmungen. Das beweist, wie gut Aspirin ist. Das Original-Aspirin mit dem eingestempelten BAYER-Kreuz garantiert Ihnen die unantastbare Qualität, Reinheit und Unschädlichkeit des Produktes. Es gibt nur ein Aspirin! Erhältlich in allen Apotheken.

schreibt, begrüßt er die Wendung in Deutschland mit liebevollem Verständnis. Doch drückt er heute das Resultat seiner Einfühlung in die deutsche Wende überaus sonderbar aus. Er schreibt u. a. in der „Gazeta Warszawska“: „Nur der Kommunismus ist zur Lösung der sozialen Frage des XX. Jahrhunderts vorbereitet. Die soziale Revolution kann im Namen der Sicherung gegen die Konterrevolution so viele ihrer Gegner, so viele nationale Elemente ausröten, daß es in der Welt wieder mehr Raum geben wird. Dieses so reale Programm stieß in Mitteleuropa auf ein mächtiges Hindernis. In populärer Darstellung sieht es so aus, daß in Deutschland Adolf Hitler mit seinen Befennern erscheint und sagt: — Ihr habt ein sehr klares, sehr reales Programm. Wir erkennen es als richtig an und akzeptieren es; doch nur mit einer Verbesserung: nicht ihr werdet uns ausröten, sondern wir euch. Nachdem er dies gesagt hatte, ging er aus Berl.“

Dmowski sieht voraus, daß dies in jedem Lande, wo der Kommunismus sehr bedrohlich wird, geschehen werde. Er sieht weiter voraus, daß es in jedem Lande nur zwei Lager geben werde, die bestrebt sein werden, sich gegenseitig auszurotten: das Lager der Kommunisten und Juden und das nationale Lager. Zwischen diesen beiden Lagern wird es einen unbarmherzigen Krieg auf Tod und Leben geben, in welchem die gemäßigten Typen zugrunde gehen und nur die ausgesprochensten, extremen Menschentypen sich behaupten werden. Das, was jetzt vorgeht, ist der Anfang dieses Kampfes, der sich jahrzehntelang (mindestens eine Generation lang) hinziehen werde. Das Ergebnis dieses Kampfes wird die Antwort darauf geben: wer ausgerottet werden soll. Die heutigen Politiker — so schreibt Dmowski — irren, wenn sie diesen Konflikt vermischen zu können hoffen. „Ein langwieriger Bürgerkrieg in nahezu allen Ländern“ werde den nächsten Jahrzehnten „den politischen Hauptinhalt geben.“ „Es wird dies der Inhalt eines der tragischsten Kapitel der europäischen Geschichte sein.“

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Paßt. 1. Jrgend eine Vorschrift für die Frist für die Zustellung des Urteils besteht nicht; es kann dies rasch geschehen, aber es können auch Monate darüber vergehen. 2. Auch zur Übernahme des Feldes ist die Vollstreckungsklausel des Urteils erforderlich. Beantragen Sie beschleunigte Erledigung, um weiteren Ihnen drohenden Schaden abzumenden. In der zweiten Klage ist unserer Ansicht nach das Schiedsamt für kleinen landwirtschaftlichen Besitz überhaupt nicht zuständig. Die Verordnung vom 23. August 1932, auf die sich der Pächter beruft, betrifft die „Schaffung von Schiedsämtern für Kreditfragen des kleinen landwirtschaftlichen Besitzes“. Schon aus diesem Titel der Verordnung ist ersichtlich, daß es sich hier nur um Eigentümer von landwirtschaftlichem Besitz und nicht auch um Pächter solcher Besitzes handelt. Im Art. 1 heißt es zwar, daß zur Prüfung der Zahlungsfähigkeit und Wirtschaftsmöglichkeit eines Schuldners Schiedsämter ins Leben gerufen werden, um für Abzahlung von Geldschulden Termine und Zahlungsbedingungen für Personen festzusetzen, deren Hauptberuf die Landwirtschaft in einem Umfang ist, der 50 Hektar nicht überschreitet. Aber an keiner Stelle der Verordnung ist auch nur erwähnt, daß auch der Pächter einer Landwirtschaft durch die Verordnung geschützt werden soll. Die Bezeichnung „Pächter“ findet sich in der Verordnung nirgends, dagegen ist im Artikel 2 wiederholt, was schon im Titel der Verordnung steht, nämlich, daß es sich hier um den Schutz des kleinen landwirtschaftlichen Besitzes handelt. Ihr Besitz soll durch die Verordnung geschützt werden und nicht die Interessen des Pächters; wenn Sie als Eigentümer des Grundstücks vorübergehend nicht in der Lage wären, etwaige Gläubiger von Ihnen zu befriedigen, dann wären Sie oder auch Ihre Gläubiger berechtigt, das Schiedsamt zur Vermittlung anzurufen. Das ist der Sinn und Zweck der Verordnung; zur Schlichtung von Streitigkeiten von Verpächtern und Pächtern sind die ordentlichen Gerichte berufen. Da für solche Fälle die Schiedsämter nicht berufen sind, ist in der Verordnung auch nicht angegeben, welche Abwehrmittel gegen Beschlässe solcher Art anzuwenden sind. Da aber gegen andere Entscheidungen des Schiedsamtes die Berufung an den Sad Grodzki vorgeesehen ist, ist dies auch für Ihren Fall der geeignete Weg. Die Berufung ist innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Urteils einzulegen. Wenn das Schiedsamt für Ihren Fall zuständig wäre, was wir aber bezweifeln, dann könnte es auch Zahlungsstermine für fällige Zahlungen festsetzen.

Eine authentische Photographie Christi?

Das Leichentuch von Goltatha.

Im Verlag der Search-Publishing Company in London ist vor kurzem ein Buch erschienen, dessen Inhalt nicht nur in weitesten Kreisen Aufsehen erregt hat, sondern dessen photographische Beilagen vor allem eine Sensation bedeuten. Der Verfasser ist ein polnischer Gelehrter namens Proszynski, der englische Historiker Hugh J. Schonfield hat dazu einen geschichtlichen Anhang geschrieben. Das Buch behandelt das Leichentuch von Goltatha, das in der Kathedrale von Turin aufbewahrt wird und als das echte Leichentuch gilt, in das Christus nach der Abnahme vom Kreuz eingehüllt wurde.

Es erübrigt sich, die wechselvolle Geschichte dieses Leichentuches im einzelnen zu verfolgen. Nach der Legende hat es ursprünglich Petrus an sich genommen, seit dem 16. Jahrhundert befindet es sich in einem besonderen Schrein der Kathedrale zu Turin, in der es etwa alle 30 Jahre öffentlich ausgestellt wird. Der Besitzer des Leichentuches ist das italienische Könighaus, dessen gegenwärtiger Chef König Viktor Emanuel vor einiger Zeit einem Amateurphotographen, dem Cavaliere Pia, die Erlaubnis gab, das Tuch zu photographieren. Das Tuch ist ein schmales, langes Stück Leinen. Es mißt etwa 4 1/2 Meter in der Länge und etwa 90 Zentimeter in der Breite. Natürlich hat das Alter seine Spuren hinterlassen, auch hat eine Feuersbrunst im Jahre 1532 in der Kapelle von Chambray, wo sich das Tuch damals befand, gewisse Einwirkungen verursacht.

Auf der unteren Hälfte des Streifens sind auch dem bloßen Auge Verdunkelungen erkennbar, die auf einen menschlichen Körper schließen lassen. Beim Entwickeln der

photographischen Platte jedoch wurde die überraschende Entdeckung gemacht, daß auf dem Negativ Gesicht und Körper genau erkennbar wurden.

Es lag auf der Hand, daß sich um diese photographischen Aufnahmen ein großer Meinungskampf erhob. Die katholische Kirche hat die Echtheit dieses Tuches niemals anerkannt und es stets als ein Faksimile bezeichnet. Die französische Akademie der Wissenschaften ging mit dem Rüstzeug der modernen Wissenschaft den photographischen Aufnahmen zu Leibe. Im besonderen war es Professor Yves Delage und sein Assistent Dr. Wienon, die die Hilfsmittel der Chemie in weitestem Maße anwandten. Aus den Berichten der Evangelien ergab sich, daß der Leichnam Christi nicht, wie es sonst üblich war, gewaschen und gesalbt, sondern nur in ein Leinentuch gewickelt und in ein fremdes Grab gelegt worden war. Der Evangelist Johannes berichtet, daß dann erst Nikodemus mit Myrrhen und Aloe gekommen sei, die vermutlich unter und über den Körper gestreut wurden. An dieser Stelle setzten nun die französischen Forscher ein. Sie untersuchten die Einwirkung dieser Spezereien bei gefundenen, toten Menschen und fanden, daß bei Fieberzuständen schwache Ammoniakdämpfe entwickelt würden, die Aloe und Myrrhen chemisch zu zersetzen imstande seien. Versuche mit Körpern erbrachten unbedeutliche und verzerrte Abdrücke. Immerhin kamen die französischen Forscher zu dem Schluß, daß das Wunder von Turin einigermaßen wissenschaftlich möglich und erklärlich sei.

Der polnische Verfasser hat sich mit den Photographien selbst beschäftigt. Er weist darauf hin, daß die Aufnahmen des Cavaliere Pia mit einer ziemlich einfachen Kamera erfolgt sind. Eine Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen oder mit einer Quarzlampe hat nicht stattgefunden. Auch wurde keine Aufnahme mit einer Spezialplatte, die be-

kanntlich außerordentlich empfindlich hergestellt werden könnte, gemacht. Selbst wenn die These der französischen Gelehrten richtig wäre, bleibt sie solange wertlos, bis auch die moderne Photographie den Beweis dafür erbringt.

Betrachtet man die photographischen Aufnahmen, so ergibt sich ein Bild, das im großen und ganzen der Vorstellung entspricht, die man sich vom Antlitz des Herrn macht. Es zeigt einen breiten Vollbart und ist von langherabwallenden Haaren umrahmt. Die Züge sind verhältnismäßig gut zu erkennen, Mund und Augen sind geschlossen. Entgegen der in der Malerei und Bildhauerei üblichen Darstellung sind die Hände und Füße nicht in der Mitte durchbohrt, sondern weiter oben im Handgelenk und an den Knöcheln. Auch zeigen sich Spuren der Geißelung, ebenso mehrere waagerechte Linien, die man als Abdrücke des Strickes ansehen dürfte. Auf der Stirn finden sich Verletzungen, offenbar von der Dornenkrone. Aus einer der Wunden zieht sich ein feiner dunkler Strich heraus, offenbar Blutstropfen. Quetschungen auf den Schultern könnten vom Tragen des schweren Kreuzes herrühren. Auch die Wunde des Langenstichs in der Seite ist deutlich erkennbar. Die Größe der so photographierten Gestalt beträgt 1,75 Meter.

Es ist hier nicht der Ort, das Für und Wider dieser auf jeden Fall hochinteressanten Photographie zu erörtern. Eine ganze Reihe internationaler Wissenschaftler fängt an, sich mit den diesbezüglichen Veröffentlichungen zu befassen. Wenn wir am Karfreitag dieses Jahres des 1900. Todestages Christi besonders gedenken, dann hat die Frage, ob es ein authentisches Christusbild gibt, das uns den Zustand des Leichnams vor 1900 Jahren enthüllen könnte, besondere Bedeutung.

Wirtschaftliche Rundschau.

Eröffnungssperre für neue Geschäfte?

Forderungen des Einzelhandels.

Uns geht folgender Bericht aus Berlin zu über neue Forderungen im deutschen Handel, die auch für das Ausland von Interesse sind:

Nachdem die Gleichschaltung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels durchgeführt worden ist, haben das neue geschäftsführende Vorstandsmitglied Dr. Hiltbrand, der gleichzeitig Vertrauensmann des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes ist, sowie der Geschäftsführer, Oberregierungsrat Tiburtius, die programmatischen Ausführungen und Wünsche des Einzelhandels dargelegt. Diese sind sehr weitgehend und nehmen Bezug auf Ausführungen, die bereits vor einigen Wochen gemacht worden sind. In erster Linie soll die Hauptgemeinschaft, der von 600 000 Betrieben etwa 80 Prozent angehören, zu einer Spitzen- und Zwangsorganisation für den gesamten Einzelhandel ausgebaut werden. Damit würden kleinere Organisationen, die jetzt noch bestehen, endgültig verschwinden.

In sachlicher Beziehung wird ein generelles Zugabeverbot gefordert, das bisher noch nicht durchgeführt worden ist, obwohl manche Einschränkungen bereits vorgenommen wurden. Außerdem wird erneut die Forderung einer Sperre für die Errichtung neuer Geschäfte gefordert, u. zw. auch für den Fall, daß Geschäfte, die in jüdischen Händen waren, damit eingehen. Eine Ausnahme soll nur für den Fall gelten, daß in neuentstehenden Siedlungen Geschäfte errichtet werden. Hier soll die Zulassung durch die Behörden erfolgen. Ursprünglich war in Vorschlag gebracht worden, eine besondere Steuer bei der Errichtung neuer Geschäfte zu erheben. Hieron ist man jedoch abgekommen, weil die Errichtung von Geschäften auf diese Weise zu einem Privileg für besonders kapitalstärkliche Personen würde.

Es ist nicht zu verkennen, daß bei der Durchführung dieser Vorschläge die freie Wirtschaft in starkem Maße eingeschränkt würde. Eine solche Einschränkung bedeutet ein Privileg für die bestehenden Geschäfte. Es ist zwar richtig, daß der Einzelhandel im Augenblick stark besetzt, wenn nicht sogar überbesetzt ist. Viele Geschäfte konnten infolge der starken Konkurrenz nicht mehr rentabel arbeiten. Dies wird jedoch zweifellos möglich sein, sowie sich die Geschäftslage allgemein bessert. Wird eine Errichtungssperre für neue Geschäfte durchgeführt, so wird damit der Jugend die Möglichkeit genommen, sich selbstständig zu machen, und daraus müßten sich beträchtliche Spannungen ergeben.

Vorläufig ist jedenfalls noch mit keiner generellen Regelung der Frage der Errichtung neuer Geschäfte zu rechnen. Anders liegen die Dinge bei dem Zugabewesen. Hier sind schon verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen getroffen worden, die zu einer starken Beschränkung des Zugabewesens geführt haben, und es ist anzunehmen, daß das ganze Zugabewesen bald ein Ende finden wird.

Der Einzelhandel hat erneut die Forderung der steuerlichen Entlastung gestellt, da die bisherigen Maßnahmen nicht genügt. Anstelle dessen sollen Ausgleichsteuern für besonders konjunkturbegünstigte Betriebsformen erhoben werden.

Die Herren vom Vorstand des Einzelhandels wiesen darauf hin, daß sich die Umschaltung in aller Ruhe vollziehen habe und daß irgendwelche Sonderaktionen nicht notwendig gewesen seien. Die jüdischen Mitglieder könnten verbleiben, sie sollten nur keine Funktionstellungen mehr einnehmen und auch in den Ausschüssen nicht mehr mitwirken.

Einfuhrerleichterung nach den Vereinigten Staaten?

Washington, 11. April. (Eigene Drahtmeldung.) Handelsminister Roper erklärte in einer sehr bedeutsamen Rundfunkansprache, daß die Vereinigten Staaten keine Zunahme ihrer Ausfuhr erwarten können, wenn sie nicht die ausländische Einfuhr nach den Vereinigten Staaten erleichterten. Dieser für alle Beteiligten vorteilhafte Warenaustausch könne nur durch gegenseitige Herabsetzung der Zollschranken erreicht werden.

Diese Rede des Handelsministers zusammen mit den Erklärungen des Staatssekretärs Hull am letzten Sonnabend ist als Vorläufer einer Gesetzesvorlage Roosevelts zu werten, in der er vom Kongreß weitgehende Vollmachten zum Abschluß wechselseitiger Handelsverträge nachsuchen wird. Die vom Handelsminister Roper vorgezeichnete Politik steht im starken Gegensatz zu der von der nationalistischen Presse gepredigten Bewegung „Kauf U. S. A.-Waren“.

Mit Fragen der Entwicklung Öbings befachte sich, der Polnischen Telegraphen-Agentur zufolge, die letzte Sitzung des Ausschusses für Handelsfragen im polnischen Handelsministerium. Die Beratungen leitete Minister Dr. S. Barzcki. Im Verlaufe der Sitzung wurde eingehend über Öbingsener Fragen berichtet, wobei der Minister eingangs betonte, es sei notwendig, in Öbings den Kaufmannstand zu organisieren, den Öbingsener Hafen zu diesem Zweck restlos auszunutzen und die Entwicklung der Öbingsener betreffenden Fragen in die rechten Bahnen zu lenken. Anschließend wurden Referate von dem ehemaligen Minister Klarner, dem Abgeordneten Wislicki u. a. gehalten, die die einzelnen Probleme ausführlich behandelten. Die Redner betonten sämtlich, Öbings müsse für die Erfüllung der Rolle vorbereitet werden, die ihm von der polnischen Staatsraison diktiert werde. Die einzelnen Vorschläge und Wünsche wurden dann an sechs Unterabschnitte verwiesen. Minister S. machte in seinem Schlußwort die Feststellung, daß eine wachsende Verantwortung der Staatsbürger beim Ausbau des Staates, insbesondere dem Öbings, erkennbar sei.

Ausbau der polnisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen? In Warschau Finanz- und Wirtschaftskreisen verfolgt man mit Interesse die weitere Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen. Man hofft, aus der gegenwärtigen Situation Kapital zu schlagen. Man erwartet, daß sich die Zuteilungsquote für russische Aufträge für Polen dadurch erhöhen könnte, daß für Deutschland bestimmte Aufträge unter die anderen Länder verteilt werden. Im Augenblick soll, wie gemeldet wird, die Frage der Lieferung von 80 000 T. Schienen für ostbaltische Industriewerke aktuell sein. Der Abschluß dieses neuen Auftrages wird schon in den nächsten Tagen erwartet.

Viehmarkt.

London, 10. April. Amtliche Notierungen am englischen Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sch.: Polnische Bacon Nr. 1 sehr mager 59-62, Nr. 2 mager 58-59, Nr. 3 54-56, Nr. 4 schwere sehr mager 58-61, Nr. 2 mager 55-57, Scher 58-59. Polnische Bacon in Liverpool 64-68. Die Zufuhr betrug in der Vorwoche in London 68 721 cwt., wovon auf Polen 15 297 cwt. entfielen. Die Preise zeigten für polnische Bacon eine abgleitende Tendenz, sonst ruhige Marktsituation.

Versuche der Sojabohnenkultur in Polen.

Die bisherigen Ergebnisse.

Dr. Gr. Angesichts der starken Bestrebungen in Polen, die Einfuhr von Rohstoffen pflanzlichen Ursprungs durch die Verstärkung der Zollmauern zu drohen, und im Hinblick auf die nunmehr vorliegenden Denkschriften verschiedener von der Regierung zum Zwecke der Unterbrechung obiger Fragen eingesetzten Kommissionen, gewinnen die Versuche einzelner Landwirte und der Versuchsanstalten aktuelle Bedeutung, die Sojabohne in Polen zu akklimatisieren und sie in größerem Maßstab anzubauen.

Seit der Wiedergeburt des polnischen Staates entwickelte sich eine besonders lebhaft propagierte Bewegung für den Anbau der Sojabohne in Polen. Nach den jüngsten Projektierungen wird beabsichtigt, einen Verband der Sojabohnenproduzenten ins Leben zu rufen. Lebhaft wird auf die Aussichten hingewiesen, die sich durch den Anbau der Sojabohne der polnischen Landwirtschaft und der gesamten polnischen Volkswirtschaft eröffnen. Die wertvolle Substanz der Sojabohne, die ca. 38,3 Prozent Eiweiß, 16,7 Prozent Fett, 4,8 Prozent Fasern, 4,9 Prozent mineralische Substanzen enthält, eröffnet außerordentlich mannigfaltige Verwendungsmöglichkeiten der Sojabohne. So kann die Sojabohne:

1. als Ersatz für Hülsenfrüchte,
2. in der Gestalt von Mehl zur Brot- und Gebäckherstellung,
3. in der Gestalt von Sojabohnenmehl zur Käseherstellung,
4. als Kaffeeersatz,
5. für technische Zwecke, zur Herstellung von sog. „Sotolit“ als Ersatz für Zellulose,
6. zur Herstellung von Sojabohnenöl und Sojabohnenfuchen (Düngemittel und Viehfutter).

Verwendung finden. Diese vielseitige Verwendbarkeit der Sojabohne ist bereits seit mehr als einem Menschenalter in Europa bekannt. Die starke Abhängigkeit Europas von den Zufuhren der Sojabohne aus China und die hierdurch hervorgerufene negative Beeinflussung der Handels- und Warenbilanz spornte sowohl die westlichen als auch die östlichen europäischen Staaten bereits vor dem Kriege an, die Sojabohne in Europa anzupflanzen.

Der Sojabohne ist es zuzuschreiben, wenn die Mandchurien, die neben Korea und Japan zu den Hauptzentren der Sojabohnenkultur gehört, trotz der politischen Umwälzungen und des allgemeinen wirtschaftlichen Verfalls in China nach dem Kriege ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren konnte, und zur Hauptzuchtstätte der Chinesen aus allen Gebieten des chinesischen Reiches wurde. Jahraus jahrein wandern hunderttausende von Chinesen aus den südlichen und östlichen Teilen Chinas nach der Mandchurien aus und hoffen, durch den Anbau von Sojabohnen sich eine neue Existenz zu schaffen. Die in der Mandchurien entstandenen Eisenbahnen bringen sie in die unmittelbare Nähe der Häfen Vladivostok und Dairen (Port Arthur) und ermöglichen den Absatz von Sojabohnen und Sojabohnenprodukten nach den sämtlichen überseeischen Staaten.

Trotz der politischen und kriegerischen Verwicklungen erfährt die Ausfuhr von Sojabohnen und deren Erzeugnissen aus der Mandchurien keine Minderung. Die Gesamtanfuhr von Bohnen stieg im dem Zeitraum von 1926/27 bis 1931/32 von 1,7 Mill. Tonnen auf 2,5 Millionen Tonnen. Der Export von Bohnen, Öl und Kuchen zusammen gerechnet, wuchs in demselben Zeitraum von 4 auf 4,2 Mill. Tonnen. Ob im Jahre 1932/33 eine gleich hohe Gesamtanfuhr zu erzielen sein wird, ist zweifelhaft, da nach den Feststellungen des Wirtschaftsausschusses der Südmandschurischen Eisenbahnen die Ernte an Sojabohnen in der Nordmandchurien um 26 Prozent der des Vorjahres zurückgeblieben ist. Die Ernte der Nord- und Südmandschurien beläuft sich auf ca. 4,4 Mill. Tonnen. Wenn man für den Eigenverbrauch der Bevölkerung eine Menge von 940 000 Tonnen ansetzt, steht für die Ausfuhr und den Verbrauch der Mühlen nur eine Menge von 3,5 Mill. Tonnen zur Verfügung gegenüber 4,2 Mill. Tonnen im Jahre 1931/32. Da indes durch die Einführung der Zollgrenze zwischen China und dem neuen mandchurischen Staat die Ausfuhr von mandchurischen Landeserzeugnissen nach China eine erhebliche Einbuße erlitten hat, so ist damit

zu rechnen, daß das Angebot in Europa seine frühere Höhe mindestens aufrecht erhält.

Wie eingangs erwähnt, werden in Polen in steigendem Umfange Versuche mit der Anpflanzung der Sojabohne unternommen. Die Meinungen über die Möglichkeit und vor allem über die Wirtschaftlichkeit des Anbaus und des Absatzes gehen in Polen noch weit auseinander. Neben absoluten Anhängern, die sowohl in der Fachpresse, als auch in Vorträgen und Denkschriften den Anbau in jeder Beziehung befürworten, trifft man eine ebenso eifrige Gegenpropaganda, die vor dem Anbau warnt. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß der Anbau sich nach dem bisherigen Stand der Erfahrungen und Versuche nur in ganz bescheidenem Umfange als rentabel herausstellt. Den Versuchen, die Dufiniki in Podolien, in der Ukraine, in Wolhynien und Bessarabien vor dem Kriege anstellte, blieb der Erfolg verfaßt. Es wird auf die hohen Produktionskosten, andererseits auf den Mangel entsprechend großer Mühlen in Polen hingewiesen. Auch andere Hindernisse des Anbaus der Sojabohne werden berührt, so z. B., daß die Ernte in die Zeit der allgemeinen Ernte fällt, und daß es sehr schwer ist, die geernteten Sojabohnen zu trocknen. Es wird auch hervorgehoben, daß die grüne Sojabohne sich als Futtermittel wohl eignet, nicht aber das Sojabohnenmehl, das vom Vieh recht ungern gefressen wird, und eine Schwellung der Weine zur Folge hat, die dann schwindet, wenn man Gerstenschrot oder Weizenschrot dazufuttern.

Zu einem ähnlichen Ergebnis, nämlich, daß der Anbau sich vorerst nur in kleinem Maßstab rentiert, kommt auch die Enquetekommission, die im Jahre 1930 arbeitete. Aus dem vorliegenden Bericht der Enquetekommission zieht Sellow folgende Angaben heran:

Die Sojabohne wurde in 181 Wirtschaftseinheiten angebaut. Der Anbau wurde auf kleineren Flächen bemerkt; die Ernte reifer Sojabohnen bezifferte sich durchschnittlich auf zirka 8-9 Doppelzentner pro Hektar. Das Saatgut setzte sich aus vielerlei Sorten zusammen. In einzelnen Fällen wurde das Saatgut aus der Mandchurien, in anderen Fällen aus den Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich und der Schweiz eingeführt. In anderen Fällen konnte die Herkunft des Saatguts nicht festgestellt werden. Der Nutzungswert der Sojabohne, die in Polen gewonnen wird, wurde sehr hoch eingeschätzt. Der Verbrauch war recht vielseitig. In manchen Gegenden wurde auch Öl in einfachen Mühlen gewonnen. Die Analysen der in Polen erzeugten Sojabohnen ergaben, daß hinsichtlich des Gehalts an Eiweiß und Fett die Bohnen sich in nichts von den importierten Bohnen unterscheiden. Aus den positiven Ergebnissen, die mit dem Anbau erzielt wurden, kann indes noch nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, daß nuncmehr Polen ohne weiteres mit dem Anbau im Großen beginnen kann. Vorerst erweist sich der Anbau für die Landwirtschaft noch nicht als rentabel, da die eingeführten Bohnen und Bohnenprodukte wesentlich billiger sind, als die im Lande erzeugten. Man hofft allerdings, dieses Hindernis in absehbarer Zeit überwinden zu können. Gelingt dies, so ergeben sich daraus für die Rentabilität der Landwirtschaft hochbedeutende Wirkungen, die auch die Entwicklung gewisser Industrien fördern, und die Handelsbilanz wesentlich verbessern werden.

Neuregelung der polnischen Patenengebühren. Auf dem Verordnungswege ist in Polen eine Neuregelung der Patente, Marken- und Markenzeichengebühren dekretiert worden. Danach werden in Zukunft für die ersten 4 Jahre der Patentdauer die Gebühren von 40 auf 50 Zloty, bzw. 60 auf 75 Zloty, bzw. 80 auf 100 Zloty und für das vierte Jahr von 100 auf 128 Zloty erhöht. Dagegen erfolgt eine Ermäßigung der Gebühren nach Ablauf der ersten vier Jahre, so daß im Endergebnis die Gebühr für einen Zeitraum von 15 Jahren Patentschutz um 250 Zloty geringer ist, als vorher. Unverändert ist die Gebühr für die Anmeldung von Patenten geblieben, sie beträgt nach wie vor 85 Zloty.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 11. April auf 5,244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardzins 7%.

Der Zins am 10. April. Danzig: Ueberweisung 57,44 bis 57,55, Bar 57,45-57,57. Berlin: Ueberweisung, arohe Scheine 46,75-47,15. Wien: Ueberweisung 79,05. Prag: Ueberweisung 380,00. Paris: Ueberweisung 285,50. Zürich: Ueberweisung 58,05. Mailand: Ueberweisung 219,00. London: Ueberweisung 30,56.

Warschauer Börse vom 10. April. Umsätze, Verkauf - Kauf. Belgien - , Belarad - , Budapest - , Bukarest - , Danzig 174,10, 174,53 - 173,67, Gelsingfors - , Sanien - , Holland 359,90, 360,80 - 359,00, Japan - , Konstantinopel - , Kopenhagen - , London - , 30,64 - 30,34, Newyork 8,91, 8,93 - 8,89, Oslo - , Paris 35,07, 35,16 - 34,98, Prag 26,50, 26,56 - 26,44, Riga - , Sofia - , Stockholm - , Schweiz 172,22, 172,65 - 171,79, Tallin - , Wien - , Italien - .

London Umsätze 30,48-30,50.

Freihandelskurs des Reichsmark 209,00.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskont.	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 10. April		In Reichsmark 8. April	
		Geld	Brief	Geld	Brief
3%	1 Amerika	4,209	4,217	4,209	4,217
2%	1 England	14,38	14,42	14,38	14,42
2,5%	100 Holland	170,03	170,37	170,03	170,37
9%	1 Argentinien	0,828	0,832	0,818	0,822
4%	100 Norwegen	73,58	73,72	73,63	73,77
4%	100 Dänemark	64,24	64,36	64,24	64,36
6,5%	100 Island	64,93	65,07	64,93	65,07
3,5%	100 Schweden	76,02	76,18	76,02	76,18
3,5%	100 Belgien	58,68	58,80	58,68	58,78
4%	100 Italien	21,545	21,585	21,55	21,59
2,2%	100 Frankreich	16,545	16,585	16,54	16,58
2%	100 Schweiz	81,27	81,43	81,24	81,40
6,5%	100 Spanien	35,46	35,54	35,46	35,54
—	1 Brasilien	0,239	0,241	0,239	0,241
5,84%	1 Japan	0,899	0,901	0,899	0,901
—	1 Kanada	3,477	3,483	3,477	3,483
—	1 Uruguay	1,648	1,652	1,648	1,652
4,5%	100 Tschechoslowak.	—	—	—	—
6,5%	100 Finnland	6,344	6,356	6,344	6,356
5,5%	100 Estland	110,59	110,81	110,59	110,81
6%	100 Lettland	73,68	73,82	73,93	74,07
6,5%	100 Portugal	13,08	13,10	13,08	13,10
7,5%	100 Bulgarien	3,047	3,053	3,047	3,053
7,5%	100 Jugoslawien	5,135	5,145	5,135	5,145
6%	100 Desterreich	45,95	46,05	46,20	46,30
6%	100 Ungarn	—	—	—	—
4%	100 Danzig	82,12	82,28	82,12	82,28
9%	1 Türkei	2,008	2,012	2,008	2,012
11%	100 Griechenland	2,408	2,412	2,408	2,412
—	1 Kairo	14,76	14,80	14,76	14,80
7%	100 Rumänien	2,488	2,492	2,488	2,492
—	Warschau	47,00	47,20	47,00	47,20

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,87 Zl., do. kl. Scheine 8,86 Zl., 1 Pfd. Sterling 30,28 Zl., 100 Schweizer Franken 171,54 Zl., 100 franz. Franken 34,93 Zl., 100 deutsche Mark 206,50 Zl., 100 Danziger Gulden 173,42 Zl., tschech. Krone - , 3l. österr. Schilling - , 3l. holländischer Gulden 358,50 Zl.

Attienmarkt.

Pörsener Börse vom 10. April. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 42,25 G., 4 1/2proz. Staatsanleihe der Pörsener Landbank 36,75 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 54 G., 4 1/2proz. Roggenanleihe der Pörsener Landbank 5,10 G., 4proz. Prämien-Zinssch.-Anleihe 98 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 40 G. Tendenz: behauptet. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 10. April. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität:

Waggon Warchau: Roggen 20,00-20,50, Einheitsweizen 37,00 bis 38,00, Sammelweizen 36,00-37,00, Einheitshafer 16,00 bis 16,50, Sammelhafer 14,75-15,25, Grünkern 15,50-16,00, Braugerste 16,50-17,50, Speiseerbsen 22,00-25,00, Bittererbsen 27,00-31,00, Wintererbsen 47,00-49,00, Rottklee ohne die Nachschlebe 90,00-110,00, Rottklee ohne Nachschlebe bis 97%, gereinigt 110,00 bis 125,00, roher Weizenklee 70,00-90,00, roher Weizenklee bis 97%, gereinigt 100,00-125,00, Luzern-Weizenklee 57,00-62,00, Weizenklee 4/0 52,00-57,00, Roggenmehl I 33,00-35,00, Roggenmehl II 25,00 bis 27,00, Roggenmehl III 25,00-27,00, grobe Weizenklee 10,50-11,50, mittlere 9,50-10,50, Roggenklee 9,00-10,00, Feinkuchen 19,00-20,00, Rapskuchen 14,00-15,00, Sonnenblumenkuchen 16,00-16,50, doppelt gereinigte Serradella 11,00-12,00, blaue Lupinen 8,00-8,50, gelbe 11,00-12,00, Beluschten 13,00-13,50, Widen 14,00-14,50.

Gesamtumsatz 1457 to, davon 205 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der polnischen Getreidebörse vom 10. April.

Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Transaktionspreise:

Roggen 270 to 18,00

Richtpreise:

Weizen	34,50-35,50	Gelbe Lupinen	8,50-9,50
Roggen	17,75-18,00	Serradella	11,00-12,00
Mahlgerte 64-66 kg	13,75-14,25	Speiseerbsen	2,00-2,20
Mahlgerte 68-69 kg	14,25-15,00	Raps	—
Braugerste	11,25-11,75	Fabrikartoffeln pro	—
Hafer	11,25-11,75	Kilo „	—
Roggenmehl (65%)	27,50-28,50	Senf	42,00-48,00
Weizenmehl (65%)	53,00-55,00	Blauer Mohr	—
Weizenklee	9,00-10,00	Roggenstroh, lolo	—
Weizenklee (groß)	10,25-11,25	Roggenstroh, gepre.	—
Roggenklee	8,25-9,00	Gerstenstroh, lolo	—
Wintererbsen	42,00-48,00	Gerstenstroh, gepreht	—
Widen	12,50-13,50	Heu, lolo	—
Beluschten	12,00-13,00	Heu, gepreht	—
Bittererbsen	21,00-23,00	Reheheu, lolo	—
Folgererbsen	35,00-40,00	Reheheu, gepre.	—
Sommerwiden	—	Sonnenblumen	—
Blaue Lupinen	7,00-8,00	tuchen 46-48%	—

Gesamtumsatz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 105 to, Weizen 135 to, Roggenklee 22,5 to, Weizenklee 10 to. Besondere Sorten Exportartoffeln über Notiz.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Mahlgerte, Hafer und Roggenmehl ruhig, für Weizen und Weizenmehl beständig.

Marktbericht für Samereien der Firma B. Sozawski.

Thorn, vom 10. April. In den letzten Tagen wurde notiert

3loty per 100 Kilogramm loco Verladestation:

Rottklee 85-95, Weizenklee 60-80, Schwedenklee 90-105, Gelbklee 75-85, Gelbklee, in Rappen 30-40, Infarnatke 80-85, Mundklee 110-130, Rengras dieser Produktion 25-30, Zymothe 14-17, Serradella 9-10, Sommerwiden 11-12, Winterwiden 25-30, Beluschten 11-13, Bittererbsen 24-28, Felderbsen 22-24, grüne Erbsen 28-32, Pflerbohnens 14-16, Gelbklee 40-45, Raps 36-40, Sommererbsen 42-48, Saatpflansen, blaue 6-8, Saatpflansen, gelbe 8-10, Reimaat 28-32, Sanf 35-40, Blaumohn 140-160, Weismohn 120-140, Buchweizen-Ronjum 15-18, Sirle-Ronjum 15-17.

Berliner Produktenbericht vom 10. April.

Getreide- und Deelaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77-76 Kg. 195,00-197,00, Roggen märk., 72-73 Kg. 155,00 bis 157,00, Braugerste 172,00-180,00, Futter- und Industrieerbsen 163,00-171,00, Hafer, märk. 123,00-126,00, Mais - .

Für 100 Kg.: Weizenmehl 23,00-26,00, Roggenmehl 20,60-22,60, Weizenklee 8,40-8,90, Roggenklee 8,75-9,00, Raps - , Bittererbsen 20,00-23,00, Rl. Speiseerbsen 19,00-21,00, Futtererbsen 13,00 bis 15,00, Beluschten 13,00-14,00, Widen 12,00-14,00, Widen 14,00-15,00, Lupinen, blaue 9,00-10,25, Lupinen, gelbe 12,50-13,50, Serradella 17,00-21,50, Feinkuchen 10,60, Erdenmehl 8,60, Cona-Extraktionschrot 9,20, Kartoffelflocken 14,20-14,60.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Aale vom 10. April.

(Preise in Sfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unterzollt.) Weizen: Manitoba 1. per April 5,15, Manitoba 1. per April 5,00; Rofafé per April 4,02 1/2; Rofafé per April 4,05; Gerste: Plata-erfte per April 3,37 1/2; Roggen: Plata per April 3,35; Mais: La Plata per April 3,22 1/2; Donau/Galoz per April 3,00; Safer: Plata Unclipped per April 3,30; Plata Clipped per April 3,47 1/2; Weizenklee: Bollards 2,60, Bcon 2,60.